

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenzeitung und Montag als Abendzeitung mit dem Unterhaltungsbeilage „Breite Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“.

Die schlagendste Konzeptionsarbeit über den Raum stellt 16.- M. einschließlich Druckkosten r. kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.50 M. jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Druckkosten. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.- M. netto pro Zeile. Eilt-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 2.- M. jedes weitere Wort 1.50 M.

Verlagsprecher Zentrum 132 00-132 08

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Genuakonferenz vor dem Reichstag

„Bei gedämpfter Trommel Klang“

Wo sind die Tage geblieben, in denen Genua im Mittelpunkt des politischen Lebens bei uns stand? Wer gestern im Reichstage der Genuadebatte beiwohnte, merkte nichts mehr von der Hochspannung, die Genua vor wenigen Wochen noch erzeugte.

Als der Kanzler die Tatsache hervorhob, daß Deutschland seit dem Kriege in Genua erstmalig äußerlich als gleichberechtigt behandelt worden sei, schlugen die deutschnationalen Ueberpatrioten eine Lache an und schreien damit zwei in der vordersten Fraktionsbank in Doppelfahrlässigkeit zueinander.

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte der Reichskanzler den Rapallovertrag, dessen Abschluß er vor allem mit dem Hinweis auf den dadurch außer Wirksamkeit gesetzten Artikel 116 des Versailler Vertrages rechtfertigte.

Hatte die Kanzlerrede schon geringes Interesse im Hause gefunden, so erst recht die Ausführungen der beiden Redner, die nach ihm sprachen: Hermann Müller von der Unabhängigen Fraktion und Marx vom Zentrum.

Das Haus vertagte sich schon um 4 Uhr. Von der Unabhängigen Fraktion wird heute der Genosse Crispian zu Worte kommen.

Sitzung vom Montag, den 29. Mai 1922

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 12 Min.

Erklärung der Reichsregierung

Reichskanzler Dr. Brüning: Im vorigen Jahr haben alle deutschen Städte feiern am 600-jährigen Todestag eines Halleluers, des großen Dichters und Patrioten Dante veranstaltet. Die Feiern gälten dem großen universellen Denker.

große Mission wohl verstanden und gewürdigt. Ich spreche an dieser Stelle im Namen der Regierung dem italienischen Volk den aufrichtigen Dank des deutschen Volkes aus und behne ihn aus auf die italienischen Staatsmänner, die die Konferenz geführt haben.

Ueber zwei Fragen ist zu sprechen: Was sollte die Konferenz von Genua sein und was ist sie geworden? Demnach zu beantworten ist die Frage, was sie sein sollte. Man könnte die große Hoffnung, die man auf die Konferenz gesetzt hat, ausmalen und ausschildern.

Die große Idee der Konferenz

hat in England ihren Ausgangspunkt genommen, von dort ging die Initiative aus. Sie war ursprünglich gedacht als eine Weltkonferenz, die in friedlicher Arbeit die große wirtschaftliche Spannung besprechen sollte.

Auf der Genuaker Konferenz sind Fragen, die uns sehr nahegehen, nicht behandelt worden, die Fragen, die dort nicht behandelt wurden, sind sogar vielleicht für uns die wichtigsten gewesen. (Hört! hört! rechts.) Ich erinnere nur an die Reparationsfrage. Die Reparationsfrage ist aber nicht isoliert allein als deutsche Frage zu behandeln, sondern sie ist die europäische Frage.

Der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister sind bereit.

die Arbeiten der deutschen Vertreter

in den Kommissionen in Genua noch einmal zu würdigen. Wir dürfen die theoretischen Vorfälle, die uns in Genua gegeben worden sind, nicht übersehen, aber wir müssen uns in Deutschland zunächst davor hüten, das alles zu unterwerfen.

Kürzungen sind gemacht worden, jetzt handelt es sich darum, noch allen Nationen gebührende Leistungen in die Tat umzusetzen.

Es hatte sich im Verlauf der Genuaker Debatte herausgestellt, daß neben dem Beirath des Obersten Rates eine neue Union, die der einladenden Mächte, zu der wir natürlich nicht gehörten, sich gebildet hätte.

Es war kein Verstum der deutschen Politik, es war nur ein pflichtbewusstes Handeln, daß wir nun versuchten, unsere Frage mit Rußland zu lösen.

Es ist eine große Welle der Aufregung durch die Welt, die auch nach Deutschland hinübergeschwollt wurde, über den Vertrag von Rapallo gegangen. Das selbständige Handeln Deutschlands hat Bestürzung bei der Entente hervorgerufen.

ein ehrliches und aufrichtiges Friedenswerk ist. Er ist ein vorbildlicher Friedensvertrag, der weder Besiegte noch Sieger kennt

Noch unverständlicher als die Aufregung über diesen Vertrag ist seine Deutung als die eines friedlichen Faktors in Europa. Die Entente ist der Anlaß zu diesem Friedensvertrag geworden. Nach der Aufhebung des Brester Friedensvertrages mußte eine Neuordnung der russischen und deutschen Beziehungen gefunden werden.

116 des Versailler Friedensvertrages hat uns die Entente genötigt, den direkten Ausgleich mit Rußland zu erreichen. In diesem Artikel 116 heißt es:

„Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiederherstellung zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen.“

Diese Klausel enthält also für uns die pflichtgemäße Notwendigkeit, mit Rußland zu einem Ausgleich und ehrlichen gegenseitigen Vertrag zu kommen. Der Rapallovertrag, der lediglich die Fortsetzung der im Mai 1921 abgeschlossenen offiziellen wirtschaftlichen Beziehungen ist, enthält keinerlei Bestimmungen, aus denen irgendein dritter eine Gefahr oder Schwächung seiner Rechte herleiten könnte.

Er realisiert nur den Willen zweier großer Nachbarreiche in Frieden und in der Arbeit gegenseitigen Wiederaufbaus zusammenzuführen und zu diesem Zweck endgültig einen Strich unter die Vergangenheit zu machen.

Er ist nicht nur ein Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, denen es immer gut gegangen ist, solange sie sich verstanden haben (Zustimmung und Widerspruch), sondern auch eine Brücke zu wirtschaftlichen guten Verhältnissen. Er wird von den Arbeitern der ganzen Welt als erstes wahres Friedenswerk anerkannt. Er hat keine geheimen Zusatzabkommen, also auch keine militärischen, von denen bei der Entente gesprochen worden ist.

das Verhältnis der Ost- zur Westwelt nicht geklärt

worden, nicht durch unsere Schuld. Wir haben abseits stehen müssen. Rußland, wie die Westmächte haben jedoch unsere Vermittlung, in die wir hineingewachsen sind, dankbar anerkannt. Das Werk, eine Brücke zu schlagen zwischen der östlichen und westlichen Auffassung, wird in Haag fortgesetzt werden.

Neben der Russenfrage sind in Genua andernorts auch andere Fragen zur Diskussion gekommen. Ich erinnere nur an den Gedanken der Treuga Dei.

Kann man ganz Europa und allen Völkern die Treuga Dei, den Gottesfrieden, geben, das deutsche Volk aber einer Sanktionspolitik aussetzen?

It das der Gottesfriede? Der Gedanke ist auch allmählich in den Hintergrund getreten. Die Welt war nicht reif dafür, den Gedanken in seiner Reinheit und Größe zu erfassen, daß eine Ueberwindung der europäischen Krise nicht möglich ist durch Gewalt. Wir wollen diesem Gedanken jedoch ferner dienen und helfen, dazu beizutragen, um den Gedanken einer festen Weltall entgegenzuführen.

Wir können diese Spannung im Genuapunkt für überwinden ansehen. Es handelt sich jetzt nicht nur darum, über den 31. Mai hinaus zu überleben, sondern die großen Ziele europäischer Politik mit den Verhandlungen in Paris zu verbinden.

Die Ergebnisse von Genua sind nicht allzu zahlreich, in den Absätzen sind sie klein und bescheiden. Aber in der großen europäischen Katastrophe ist auch ein kleiner Schritt ein bedeutender. Und so bitten wir Sie, wie die Umwelt, den Rapallo-Vertrag als Fortschritt würdigen zu wollen, so auch unsere Stellungnahme mit leuchtenden Staatsmännern, Publizisten und Politikern als Fortschritt zu betrachten.

Besprechung der Regierungserklärung

Herr Müller-Krause (USP):

Die Resultate von Genua sind deshalb so mager, weil die Reparationsfrage von vornherein ausgeschlossen gewesen ist. Wir vertrauen, daß die Regierung ein objektives Bild von

Der Tage gibt. In Genua ist gegen den Geist von Genua verstoßen worden. Die Massen haben das gesunde Gefühl, daß mit dem Vertrag von Rapallo ein wirklicher Friede geschlossen worden ist. Gegen den Inhalt des Vertrags habe ich nichts einzuwenden. Meine Partei hatte Bedenken gegen den Zeitpunkt und die Art des Vertrags.

Abg. Marx (Str.): Für Deutschland sind bedeutende Fortschritte erreicht. Insofern, als es der deutschen Regierung zum erstenmal möglich war, mit Vertretern der anderen europäischen Staaten zusammenzukommen. Nicht ohne Bedeutung ist die Teilnahme und das rege Interesse, das sowohl der Papst wie der Erzbischof von Genua an der Konferenz genommen haben. Ohne friedliche Lösungen der Reparationsfrage gibt es keinen Frieden. Deutschland hat als einzige Nation eine Deute mit nach Hause gebracht in der Form des Navalvertrages. Wir danken der Regierung für die in Genua geleistete Arbeit.

Nächste Sitzung: Dienstag 10. Nov. Tagesordnung: Deutschpolnisches Abkommen über Oberösterreich und drei Nebenabkommen.

2. Sitzung: Dienstag 9. Uhr: Fortsetzung der Aussprache über die Erklärung der Regierung.

(Schluß 5 Uhr.)

Ein Genua-Beisuch der deutschen Regierung

Dem Reichstag ist vom Reichsaussenminister Dr. Rathenau ein Beisuch über die Konferenz von Genua übergeben worden. Das Beisuch enthält das Material über die Vorbereitungen für Genua und umfangreiche Berichte über die Arbeiten der Kommissionen und Unterausschüsse der Genueser Konferenz.

Die Anleiheausfichten

Der „Chicago Tribune“ zufolge würde das internationale Anleihekomitee, das in Paris tagt, zunächst eine Anleihe von einer Milliarde Dollars beschließen. Gleichzeitig würden aber die Pläne für eine Reihe derartiger Anleihen entworfen werden, die innerhalb 15 bis 20 Jahren begeben werden könnten. Deren Ausgabe würde aber nur erfolgen, wenn die erste Anleihe ausgeschrieben würde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Gesamtbetrag der Anleihe Frankreich, Belgien und Italien als Reparationszahlungen angute läme. Durch das Ergebnis der ersten Anleihe würden die deutschen Reparationszahlungen für 1922 und 1923 gemäß den Bestimmungen des Deutschland für 1922 gewährten Moratoriums gedeckt werden. Der deutsche Vertreter Dr. Bergmann dringte aber darauf, daß die Hälfte des Anleiheergebnisses Deutschland für den Ankauf von Rohstoffen, insbesondere von Weizen und Baumwolle in Amerika und den Ländern des britischen Reiches angeführt werden.

Die deutsche Antwortnote überreicht

Die deutsche Regierung hat gestern nachmittags nach Paris eine Antwortnote an die Reparationskommission durch den Staatssekretär Dr. Fischer überreicht lassen.

Gegen die Knechtung Georgiens

Das georgische Pressebüro sendet uns die nachfolgende, anlässlich der Feier des 4. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung Georgiens zum Beschluß erhabene Erklärung:

„Die zur Feier des 4. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung der georgischen Republik — 26. Mai — einberufenen Versammlung aller in Berlin lebenden Georgier, an der 200 Personen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit teilnahmen, bekräftigt ihren unerschütterlichen Willen zur Fortführung des Kampfes für die Befreiung Georgiens von jeglichem Fremdlohe.“

In tiefer Trauer gedenkt die Versammlung aller der Männer und Frauen, die in den verflochtenen 15 Monaten sowjetrussischer Okkupation im Kampfe für die Befreiung des georgischen Volkes ihr Leben lassen mußten. In Trauer aber auch mit Stolz gedenkt sie all dieser Vorkämpfer, die ihr eigenes Leben hergegeben, damit das Volk am Leben bleibe. Neben denen, deren obnehin die Geschichte des georgischen Volkes ehrend gedenken würde, wie Djibladie, Tschitschinabie, General Akmeteli, Notadie, Parichana, Marikofajawili u. a. schließt das georgische Volk in sein Oera die unabhägigen Namenlosen, die in diesen qualvollen 15 Monaten den Leidensweg gegangen, um ihrem Volk den Weg in die Freiheit zu führen.

In unverbrüchlicher Treue und Liebe gedenkt die Versammlung der Volksgenossen, die heute — wohl abnahnend an der Zahl — in den Kasematten und Kellern der Tiflisa in Tiflis, Batum, Kutais u. a. Orten schmachten und sich dem brutalen fremden Groberer nicht beugen. Ihr Martyrium wird andere nicht abschrecken, neue Kämpfer werden erheben, und bis wir unsere Unabhängigkeit nicht wiedererlangt haben, wird unser Kampf nicht aufhören.

In dieser feierlichen Stunde senden wir unseren tiefempfindenden Dank dem internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam für die moralische und materielle Hilfe, die er durch seinen Medikamententransport dem georgischen Volke geleistet hat. Diese brüderliche Hilfe überzeuge uns, daß es nicht verzeihbar ist und daß es in seinem heroischen Kampfe auch fernherin der tatkräftigen Unterstützung der Auslandwelt sicher sein kann.

Einen besonders herzlichsten Dank und Gruß sendet die Versammlung dem hierreichenden Bürger Julius Braunthal, der als Delegierter des internationalen Gewerkschaftsbundes mit einer beispiellosen Daringung und Aufopferungsbeurteilung seine Mission erfüllt hat und heute — nachdem er mit eigenen Augen gesehen hat, was in unserem Lande vorgeht — als Kämpfer der Usurpatoren auftritt, wie dies bisher keiner überzeugender getan hat.

Die Versammlung spricht ihr aufrichtiges Vertrauen der rechtmäßigen Regierung Jordanias aus und gelobt, den Kampf dieser Regierung für die Befreiung Georgiens mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Deutsches Kapital in Rußland

(C.G.) (Drohbericht) Moskau, 29. Mai. Die Sowjetbehörden haben, wie die lettische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, die Statuten einer gemischten deutsch-russischen Aktiengesellschaft bekräftigt. Wie die offizielle lettische Agentur, der die Verantwortung für diese Mitteilung überlassen bleibt, zu berichten weiß, seien von deutscher Seite die größten Firmen wie Siemens, Krupp und A. G. beteiligt. Das Grundkapital der Gesellschaft werde 20 Milliarden Papiermark betragen. Die Hälfte der Aktien werde den deutschen Firmen, die andere Hälfte dem Kommissariat für Außenhandel und dem Obersten Volkswirtschaftsrat gehören. Die Gesellschaft werde in der Metallindustrie sowohl Bergwerke, als auch Stahlgießereien, Fabriken zur Metallbearbeitung und andere Betriebe in ihren Händen vereinigen.

Zur Ottilie Baaders 75. Geburtstag

Am heutigen Tage feiert Ottilie Baader ihren 75. Geburtstag. Sie gehört zu den Ältesten der sozialdemokratischen Frauenbewegung nicht nur Deutschlands allein, sondern des ganzen Reichs. Seit über 50 Jahren steht sie in der sozialistischen Bewegung. Wie sie es in dem Titel ihrer mit rührender Ueberbescheidenheit geschriebenen Lebenserinnerungen selber sagt, war ihr Lebensweg ein steiniger. Ihr Leben war ausgefüllt mit dem Dienst für ihr Geschlecht und ihre Klasse. Das danken an ihrem heutigen Ehrentage der allen Ottilie alle Genossinnen und Genossen, ganz gleich, in welchem der drei sozialistischen Lager sie stehen mögen. Auch wir schließen uns dem Chor der Gratulanten aus innigstem Herzen an.

Zum Empfang der Verteidiger der Sozialrevolutionäre

Die „Rote Fahne“ bringt unter der schretenden Ueberschrift: Das russische Proletariat empfängt die Verteidiger der Reaktion (!!) eine Moskwa-Meldung, nach der die sozialistischen Verteidiger der angeklagten Sozialrevolutionäre auf der Fahrt von der Grenze bis Moskau „von einer großen Menge erwartet wurden, die ihre Mißbilligung und Protest gegen die Rolle dieser Verteidiger der Sozialrevolutionäre enträufert kundgab. Vordervelde gab auf an ihn gerichtete Fragen Antwort. In dem Bericht heißt es dann weiter:

„Theodor Plebnech suchte sich in einer Ansprache zu rechtfertigen, seine Rede wurde aber durch härmische Mißfalläußerungen unterbrochen. Mit Tränen in den Augen lehrte Plebnech in den Sagenen jurid.“

Die „Rote Fahne“ ist natürlich sehr erfreut über den „Erfolg“ der bolschewistischen Deje gegen die sozialistischen Verteidiger. Sie höhnt über den „warmen Empfang“ der „internationalen Helfershelfer der russischen Weiskarabisten“, denen die „Volksmenge“ zurief: „Nieder mit den Verteidigern der Mörder!“

Wir haben nach alledem für die Gefühle unieres Genossen Plebnech volles Verständnis. Wenn man, aus einer alten sozialistischen Familie stammend, ein Menschenleben der sozialistischen Arbeiterbewegung gewidmet hat, können einem wahrlich die Tränen in die Augen kommen, wenn man erleben muß, welche „Erfolge“ die Bolschewiki auf dem Gebiete der „Volksebildung und Volksaufklärung“ zu Stande gebracht haben.

Noch eine Bitte an Radek

Karl Römer, bekannt unter dem Namen Karl Radek, Sobelsohn, Struthahn, Karl Bremer u. dgl. m., sandte uns gestern freundschaftlich einen Leitartikel: „Von der „Freiheit“ in die Freiheit. Wenn wir auch nichts dagegen haben, daß ein arbeitssamer Diplomat neben seinen staatsmännlichen Geschäften auch noch ein wenig Sport auf politischem Gebiete treibt, so möchten wir doch besonders Karl Radek bitten, für die Folge alle Erzeugnisse seiner diplomatischen Mühestunden besser gleich an das Organ zu schicken, das mit absoluter Sicherheit alles abdruckt, was von Radek oder seinesgleichen kommt. — Wir danken in diesem Falle, um so mehr, als der ganze Aufsatz nur aus persönlichen Angriffen auf den Genossen Hilferding besteht.“

Schlußsitzung des Preussischen Städtetages

Am Sonnabend wurde die Preussische Städtetags-Versammlung in Goslar geschlossen. Eine Reihe von Entschlüssen zum neuen Entwurf der Städteordnung lagen vor. Unsere Fraktion stimmte mit der SPD. gemeinsam für folgende Entschlüsse:

1. Einheitsliche Regelung des Selbstverwaltungsrechts für Stadt und Land, zusammengefaßt in einem Gesetz;
2. Einkörperstadium als Ausdruck des auf demokratischem Wege vermittelnden Willens der Bürgerschaft, also weder Magistrats- noch Bürgermeistereiverfassung, dementsprechend Wahl der Leitung der Gemeindevertreterversammlung durch diese selbst;
3. Das ausführende Organ der Gemeindevertreterversammlung ist der Gemeindevorstand (Bürgermeister, Stadträte, Beigeordnete, Senatoren usw.) in kollegialer Zusammensetzung.

An unsere Abonnenten

Schon vor längerer Zeit hatte der Reichstag einmütig an die Reichsregierung die Forderung gerichtet, durch Maßnahmen gegen den Verkauf mit Zeitungsdrukpapier das Sterben der deutschen Zeitungen zu verhindern. Geschehen ist bisher nichts. Nach wie vor werden Unmengen Druckpapier ins Ausland verschoben, und häufig wird von den Papierfabrikanten die Preisstrafe angezogen. Das Resultat dieser Preissteigerung, in Verbindung mit dem Steigen der anderen Materialpreise im Zeitungsgewerbe, ist das Eingehen Hundertter von Blättern. Die Schwierigkeiten der noch bestehenden Zeitungen mehren sich. Namentlich die Arbeiterpresse hat unter den Preissteigerungen der Papier- und der anderen Lieferanten und unter der Latenzlosigkeit der Regierung schwer zu leiden. Ihr Kampf gegen den Untergang ist ein hoffnungsloser, wenn die Arbeiterpresse nicht bei denen, deren Interessen sie vertritt, Unterstützung findet. Der „Freiheit“ beispielsweise stehen, gerade weil sie die Arbeiterinteressen vertritt, weder die Geldquellen eines Stinnes offen, noch die großen Geldquellen einer in oder ausländischen Regierung. Dieweil war das Blatt erbeuten und der Ausbau unseres Blattes nie notwendiger als jetzt. Bereitet doch das Unternehmertum verschärfte Kämpfe gegen die Arbeiterpresse vor. In diesen Kämpfen wird auch die „Freiheit“ Hürden und Führerin der Berliner Arbeiter sein. Und diese Aufgabe wird sie um so besser erfüllen, je größer der Verkauf der „Freiheit“ ist. Zwar sind wir durch die eingangs erwähnten Gründe gezwungen, dem Beispiel der gesamten Berliner Presse zu folgen und den Abonnementspreis auf 42.— Mark zu erhöhen (der „Vorwärts“ erhöht den Abonnementspreis auf 50.— Mark), aber nicht deswegen ist unser Vertrauen in unsere Leser, sondern daß sie uns nicht nur Treue bewahren, sondern auch neue Leser werben.

1. Keine Beschränkung der Selbstverwaltung, deshalb Eingriff des Staates bei Verletzung von Gesetzen, Besetzung des Beschäftigungsrechtes.

2. Die Selbstverwaltung der Gemeinde erfordert eine gesunde kommunale Finanzwirtschaft, die nicht nur im ausreichenden Anteil an dem reichs- bzw. landesstaatlichen Steueraufkommen bestehen kann, sondern auch aus eigenen Steuerquellen. Völlige Entschädigung für die Ausföhrungs- und Antragsangelegenheiten.

3. Unbeschränktes gesetzlich begründetes Recht zur Uebernahme und Führung von Unternehmungen, die dem gemeinen Wohl der Bevölkerung dienen.

In Uebereinstimmung mit den Grundätzen der Selbstverwaltung der Gemeinden ist die Verwaltung der Kreise, der Provinzen, des Verwaltungsgerichts und der Verwaltungsbehörden des Staates unter unmittelbarer Beteiligung des Volkes neu zu gestalten. Der Preussische Städtetag verlangt daher schleunige Vorlegung auch dieser Gesetze.

Sozialdemokratische Fraktion auf dem 9. Preussischen Städtetage.

Die Entschlüsse wurden mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt. — Für die U.Z.P.-Fraktion sprach Genosse Hoffmann-Eberfeld. — Die Kommunisten lehnten jede Diskussion über den Entwurf ab.

Um den Gesandtenposten in Moskau

Wie verlautet, kommt die Kandidatur Admirals von Hinz (Deutsche Volkspartei) als Gesandter für Rußland nicht mehr in Frage. — Wir haben bereits in der Sonntagausgabe von diesem eigenartigen Freund der Volkshetze gewarnt. — Admiral von Hinz ist begeisterter Militarist und Reaktionär, was auch aus seiner unläuglich in Preußen gehaltenen Rede hervorgeht, wo er sich besonders für das russische Heer begeisterte, „das mit seinen drei Millionen Soldaten die größte Armee der Welt darstellt.“ — Polnars würde sicherlich bei der Ernennung eines solchen Mannes seine helle Freude gehabt haben.

Zur Regierungsbildung in Oesterreich

Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (B.A.G.) Wien, 29. Mai. Nach dem geizigen Beschluß der Großdeutschen Volkspartei ist die Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien gesichert. Die Besprechungen über die Kabinettsbildung dürften, wie die Abendblätter übereinstimmend melden, ergehen, daß der Obmann der Christlichsozialen, Prälat Seipel, den Posten des Bundeskanzlers und der Großdeutsche Frank das Vizekanzleramt übernehmen. Als Außenminister wird der bisherige Handelsminister Gruber genannt.

Die Schuldfrage im bayrischen Landtag

In der geizigen Volksversammlung des bayrischen Landtages stand die Interpellation der bayerischen Mittelpartei wegen der Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege zur Beratung. Die Interpellation nimmt Bezug auf den Münchener Uisner-Prozess und weist darauf hin, daß nach Lord Georges Auspruch, daß mit der Kriegsschuldfrage der Versailles Vertrag stehe und falle, nunmehr die Voraussetzungen für diesen Vertrag vor Gericht als hinfallig erwiesen worden sind. Die Frage gehe dahin, ob die bayerische Regierung bereit ist, bei der Reichsregierung mit Nachdruck dahin zu wirken, daß sie allen Staaten das durch den Prozess gelieferte Material mitteilt und die sich daraus für die Kriegsschuldfrage ergebenden Folgerungen darlegt.

Ministerpräsident Graf von Seuchen beantwortet die Interpellation. Er nahm auf die Begründung des Urteils Bezug, dessen Feststellungen von großem Gewicht seien. Natürlich sei mit diesem Prozess und seinem Urteil die allgemeine Frage von der Schuld am Kriege nicht schlechthin abgetan. Die maßgebende Verantwortung dieser allgemeinen Frage liegt die Ausschließung der Archive aller am Kriege teilnehmender Mächte voraus. Eine Entscheidung über die große Frage konnte und sollte von dem Schöffengericht ja schon nach der Prozesslage nicht getroffen werden.

Die bayerische Regierung sei im übrigen bereits mehrfach bei der Reichsregierung wegen einer aktiveren Stellungnahme in der Kriegsschuldfrage vorkellia geworden und beabsichtigt, bei der Ueberendung des Materials die Regierung dringend zu ersuchen, für eine möglichst wirksame Verwertung im Auslande Sorge zu tragen.

In der Aussprache erklärte Abg. Nefisch (Unabh.), daß Eisner keine Fällung beantragen habe, daß er bei seiner Forderung auch für Deutschland behaltende Dinge weggesoffen habe und daß die Urheber für den Ausfall des Versailles Friedens nicht die Eisnerischen Veröffentlichungen, sondern Hindenburgs und Ludendorffs Kriegspolitik gewesen sei.

Ein englischer Arbeiterführer für Neuwahlen

(C.G.) London, 29. Mai. Der englische Arbeiterführer Frank Hodges hielt eine Rede, worin er erklärte, daß es höchste Zeit sei, daß das englische Volk seine Meinung durch Neuwahlen kundgebe. Nur durch sie könne man genau erfahren, ob England mit Frankreich brechen und in Beziehungen zu Rußland und Deutschland treten solle, oder ob man lehtgenannte beide Länder verlassen und gleichzeitig mit Frankreich zugrunde gehen wolle.

Faszienezesse in Italien

Der Terror der fasziistischen Banden gegen die sozialistische Arbeiterbewegung nimmt immer schärfere Formen an. Die letzten Zwischenfälle in Rom haben außer 40 Verlebten bis jetzt drei Tote gefordert. Die italienische Regierung hat verschärfte Maßnahmen angeordnet. So wurden in Rom und Florenz sämtliche Bewilligungen zum Waffentragen aufgehoben. Der Sekretär einer fasziistischen Sektion wurde außerhalb der Stadt tot aufgefunden. Die Behörden glauben, daß er das Opfer einer Bombe wurde, die er selbst gegen ein kommunistisches Genossenschaftsgebäude werfen wollte.

Nach der „Rote Fahne“ sollen in Turin 300 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten sein. Eine offizielle Bestätigung liegt nicht vor.

Vor einem italienischen Metallarbeiterstreik

(C.G.) Mailand, 28. Mai. Die Vorschläge der lombardischen Industriellen für die Herabsetzung der Teuerungszuschläge sind vom Metallarbeiterverband mit großer Mehrheit verworfen worden. Wenn die Antwort der Arbeitgeber abschwendig ausfällt, so werden die Metallarbeiter am Mittwoch in den Ausstand treten. Die Industriellen beabsichtigen, die Teuerungszuschläge um 4 Lire täglich zu kürzen.

Entlassungen bei der Schutzpolizei. Im Einverständnis mit dem preussischen Finanzminister wird der preussische Minister des Innern zahlreiche Zivilschutzkräfte, die im Büro und Botendienst der Schutzpolizei beschäftigt sind, in Kürze entlassen. Nur Militärämter sollen noch Möglichkeit von Entlassungen verhalten bleiben.

Arbeiterchaft und Sozialpolitik

Von Aug. Karsten

Die soziale Versicherungsgegebung sowie die Versorgungs- und Fürsorgegegebung sind für jene Bevölkerungskreise geschaffen, die nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und für jene große Schicht des Volkes, die der Gefahr ausgesetzt ist, in eine solche Lage hineingeraten. Zu den letzten Kreisen zählen alle Arbeiter und der überwiegende Teil der Angestellten, die große Zahl der Kleingewerbetreibenden usw. Diese Bevölkerungsteile, das ist der überwiegende Teil der Gesamtbevölkerung, sind also in hohem Maße an dem Bestehen und an der Ausgestaltung der sozialen Gesetze interessiert. Interessiert nicht nur dann, wenn für den einzelnen der Versicherungs-, Versorgungs- oder Fürsorgefall eintritt, sondern schon in der Zeit, wo sie noch nicht auf fremde Hilfe angewiesen sind. Handelt es sich doch für sie um die Gewissheit, in Zeiten körperlichen Gebrechens, des Alters und der damit in der Regel verbundenen wirtschaftlichen Sorge, eine Lücke zu besitzen, aus der sie die Mittel zum Lebensunterhalt schöpfen können. Die Tatsache besteht also: Das große Heer der Arbeiter, Angestellten und „kleinen Leute“ sind die Interessenten der Sozialgesetzgebung.

Eine andere Frage ist aber: Sind diese Interessenten auch erfüllt von der notwendigen Verantwortung und dem Pflichtbewusstsein, das sich aus dieser Interessiertheit ergibt? Und da muß leider gesagt werden, daß eine nur allzu große Gleichgültigkeit in den weitesten Schichten der Interessenten herrscht. Es hat keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken und diesen Zustand zu verschweigen. Wir finden die absolute Gleichgültigkeit nicht nur beim sogenannten kleinen Mittelstand, der sich bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 mit aller Entschiedenheit verbat, mit in die Sozialversicherung einbezogen zu werden. Ihm schwebte als Ideal das Sparprinzip vor, er hoffte früher oder später als behäbiger Rentier sich zur Ruhe setzen zu können, eine Auffassung, die durch die wirtschaftlichen Folgen des Weltkriegens gründlich zertrümmert worden ist. Das Elend der Kleinrentner ist ein deutlicher Beweis. Aber nicht nur diese Kreise, nein, auch die Angestellten und Arbeiter beklagen eine unerhörte Gleichgültigkeit gegenüber den unheilbaren Zuständen, die sich in der sozialen Gesetzgebung täglich mehr herausbilden.

Gewiß, die Gesetzgebung ist völlig unübersichtlich, ein einziger großer Irrgarten, und es wäre zu viel verlangt, den Arbeitern zuzumuten, sich durch den Wust von Gesetzen, Verordnungen, Erlässen und Bekanntmachungen mit Tausenden von Paragraphen und Artikeln durchzuarbeiten. Das verlangt kein vernünftiger Mensch. Aber ein größeres allgemeines Interesse an der Sozialpolitik muß gefordert werden. Zum mindesten muß der Wille vorhanden sein, die großen Lagen, die Art der Gesetzgebung, die allernächstliegenden Bestimmungen kennenzulernen, die für den Fall der Krankheit, des Unfalles, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit in Betracht kommen. Es genügt nicht, wenn im eintretenden Bedarfsfälle schnell nachgeholfen und nachgefragt wird über die Höhe, Dauer und Voraussetzung der Hilfsberechtigung. Dann ist es zu spät. Vorher muß dafür gesorgt werden, daß die Gesetze umgestaltet werden und die Leistungen ausreichend sind.

Wir haben in Deutschland fast 1 Million Unfallrentner, etwa 1 1/2 Millionen Invaliden- und Altersrentner, über 100 000 Witwen und rund 600 000 Waisen aus der Invalidenversicherung, 1,2 Millionen Kriegsschädigter, über 500 000 Kriegserwitwen, 1 1/2 Millionen Kriegswaisen, Zehntausende alter Väter und Mütter, denen der Krieg den Ernährer raubte, über 200 000 Erwerbslose, Zehntausende, die täglich die Krankenkassen in Anspruch nehmen müssen, Zehntausende von werdenden Müttern, die in ihren schweren Stunden nicht wissen, wie sie ihr Kind ernähren und betten sollen, die für sich selbst nicht das Notwendigste zur Verfügung haben, dazu kommen die in Not lebenden Kleinrentner und die Hunderttausende, die selbst auf die Gefahr hin, mit dem Mafel des „Armen“ belastet zu werden, die Armen-„Pfleger“ in Anspruch nehmen müssen. Rechnen wir einschließlich der Familienangehörigen nur 6 Millionen Menschen heraus — Menschen des verschiedensten Alters und Herkommens —, so haben wir zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Ein Berg von Elend und Jammer, von unsagbarer Not und Verzweiflung! Und wer vermag zu glauben, geseit zu sein gegen jede Inanspruchnahme der einen oder anderen Einrichtung?

Täglich können wir sehen, wie Arbeitskollegen von bester in das große Heer der Sozialbedürftigen eingereiht werden, wie unsere Arbeitsgenossen von früher heute mit dem Elend kämpfen müssen. Mit dem Bewußtsein ist nichts getan. Daher muß jeder sagen: Das ist auch deine Zukunft. Aber noch mehr. Alle Tage begegnen wir Witwen und Waisen, die nicht nur lechzend leiden um den Verlust des Mannes und Vaters, sondern auch mit der wirtschaftlichen Not kämpfen. Als Männer und Väter haben wir die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Zukunft unserer Familienangehörigen nicht die gleiche ist. Der Gedanke: Erfährt dich der Tod, sei es bei der Arbeit oder sei es durch Krankheit, so müssen Frau und Kinder hungern, muß einen jeden aufpassen und ihn zu der Frage nach der Basis veranlassen, auf der der Kampf um die Aenderung der Zustände ausgefochten werden kann. Und die Antwort lautet: in den Gewerkschaften und durch die Gewerkschaften mit viel größerer Intensität sozialpolitische Fragen besprechen und auf die Gesetzgebung einwirken.

Und Eins darf nicht vergessen werden: unsere Partei führt einen zähen Kampf um die Ausgestaltung der Sozialpolitik. Sorge ein jeder dafür, daß unsere Bewegung gestärkt wird, Partei und Presse den Einfluß behalten und erweitern, der erforderlich ist, nicht

Die Mörderzentrale im Edenhotel

Der Jäger Runge über den Mord an Liebknecht und Rosa Luxemburg

Der „Vorwärts“ veröffentlicht Aussagen des Jägers Runge, die dieser der „Vorwärts“-Redaktion zu Protokoll gab. Wir entnehmen diesem Protokoll u. a. folgendes:

Ich habe am Edenhotel am 13. Januar 1919 von 7 bis 10 Uhr abends Posten gehalten. Dr. Liebknecht ist bei seiner Einführung geschlagen worden von einem gewissen Jäger Braunes. Dr. Karl Liebknecht hat auf dem Schödel zwei Wunden (Spalten) mit dem Kolben erhalten. Er hat darauf um Hilfe, die ihm verweigert wurde. Ebenso wurde ihm verweigert, nach der Toilette zu gehen. Bei dieser ganzen Begebenheit war Kapitänleutnant Pflug-Dartung zugegen. Beim Abtransport hat der Matrose v. Witkowski auf den Dr. Liebknecht eingeschlagen. Rosa Luxemburg wurde von Frau Luxemburg eingeliefert. Da machten der Gausseur Janschkow und Perichel die Karabiner zurecht und verlangten von mir scharfe Patronen, die ich verweigerte. Inzwischen kam ein Offizier, der mir den Befehl gab:

diese Bande nicht mehr lebend aus dem Edenhotel herauszulassen.

Ich sollte von meinem Karabiner Gebrauch machen und schießen. Den Offizier kenne ich mit Namen nicht. Der zweite Offizier war Oberleutnant Bogel, der mir denselben Befehl gab. Der dritte Offizier war Oberleutnant Pflug-Dartung, der mir denselben Befehl gab und sagte: Ihr Name wird notiert. Wir haben hier eine hohe Prämie von 150 000 Mark auf diese beiden Köpfe gesetzt. Diese Befehle, die mir gegeben werden, hätte ich streng auszuführen. Ich sagte darauf, ich mache von meiner Schußwaffe nicht Gebrauch. Darauf erwiderte Pflug-Dartung, dann solle ich den Kolben nehmen. Er sagte: Rosa Luxemburg wird Ihnen durch Oberleutnant Bogel hinaus und in die Arme geführt, und Sie haben nur zuzuschlagen, merken Sie sich das. Ich war in Verwirrung geraten. Der Jäger Dreger sagte zu mir: Diese hohen strengen Befehle müssen wir schon ausführen. Jetzt wurde Frau Luxemburg durch den Oberleutnant Bogel, der sie in den Armen hatte, hinausgeführt. Nach Aussage eines Näherischen Weindold soll Frau Luxemburg schon vorher Kolbenschläge von einem Näherischen Hoffmann erhalten haben. Von meiner Schußwaffe machte ich nicht Gebrauch, sondern, um meinen Befehl auszuführen, ließ ich nur Frau Luxemburg. Sie fiel um, oder vielmehr Oberleutnant Bogel rief sie um. Sie wurde sofort in das bereitstehende Auto geschleppt. Ich sah Frau Luxemburg nicht an, sondern es waren Dreger, Janschkow und Perichel. Ich glaube, daß Oberleutnant Bogel dabei noch geschossen hat. Ich selber habe auch der Frau Luxemburg keinerlei Verletzungen zugefügt, sondern nur leicht geschossen, um den mir erteilten Befehl auszuführen. Die Offiziere hatten mir nämlich gedröhrt: wenn ich den Befehl nicht ausführe, dann möchte ich auch sterben. Beim Abtransport sprang Leutnant Krull auf das linke Trittbrett und

schob in unmittelbarer Nähe der Münchener Straße der Frau Luxemburg eine Kugel in den Kopf.

Inzwischen erschien ein Offizier bei mir und sagte: Sie haben Ihre Sache sehr gut gemacht. Gehen Sie sofort nach oben vier Treppen (Edenhotel) und lösen Sie den Scheiterhaufen da oben ab, mit dem ist da oben nichts los. Da ist auch der Redakteur von der „Roten Fahne“, den müssen Sie erschließen. Auf der Treppe angekommen, kam mir Leutnant Krull schon entgegen und sagte zu mir: Du sollst sofort nach oben kommen und Ordnung schaffen.

da ist auch der Redakteur von der „Roten Fahne“, den sollst Du sofort erschließen.

Ich fragte Krull, woher die Befehle kommen, da ich schon meine Befehle hatte. Krull sagte zu mir: Die Befehle kommen von Herrn Hauptmann Popst, die müssen ausgeführt werden. Oben stand ein Mann an der Wand. Einer sah daneben. Krull nahm mir meinen Karabiner ab, sah nach, ob er geladen war und sagte zu mir:

„Ich gehe dreimal hin und her, wenn ich das dritte Mal zurückkomme, haben Sie zu schießen, das ist das Zeichen. Das Personal ist schon oben alles weggeräumt.“ Das stimmte auch. Der Redakteur der „Roten Fahne“ kam auf mich zu und sagte zu mir: Kamerad, schick nicht, ich habe noch eine Aufgabe zu machen.“ Er wurde in ein Zimmer geführt und vernommen und dann wieder abgeführt. Darauf sagte ein Offizier zu Krull: Sie haben den Mann abzuführen und dafür zu sorgen, daß ihm nichts passiert.“ Ich ging

auf meinen Posten zurück. Unten angekommen sagte Dreger zu mir: Du hast ja Deinen Befehl doch wohl nicht ausgeführt. Du hast ja nicht geschossen, denn es hat ja nicht geknallt.“ Dann sagte Dreger, ich solle Abkistena holen, ihn kriere so. Ich ging in das Dachlotel zurück. Inzwischen waren die anderen auch zurückgekommen und brüllten sich damit, namentlich der Häcker Friedrich, sie hätten Liebknecht ordentlich eins gebrannt. Friedrich zeigte mir auch seine Pistole, er habe auch mitgeschossen. Ich fragte Friedrich, wie das gekommen ist. Darauf sagte Friedrich zu mir:

„Die Flucht ist künstlich herbeigeführt.“

(es kann auch gelautet haben, die Flucht ist vorzüglich herbeigeführt) worden.

Die Offiziere haben das Messer Liebknechts genommen und dem Leutnant Schulz zur See damit in die Hand geschoben, um vorzutäuschen, daß Liebknecht sic angegriffen habe und dann erschossen sei.

Die Transportmannschaften haben dann auch gesagt: Na Runge, die Luxemburg, die alte Sau, schwimmt schon.“ Ich fragte: Ja, warum habt Ihr denn Frau Luxemburg ins Wasser geschmissen? Da sagte Leutnant Bogel: Die alte Sau hat nicht mehr verdient.“ Darauf setzten sich die Mannschaften an den Tisch. Es wurde Wein und Cognac getrunken. Ich habe auf dem Strohsack gelegen und war sehr böse aufgeregt und verärrt. Ich wurde gefragt, ob ich mittrinken will, was ich verneinte. Bei Tisch ging es sehr lustig zu. Es wurde viel getrunken. Ich wurde besonders glücklich, hauptsächlich vom Leutnant Jander sowie von allen Offizieren. Es wurde mir gesagt, mir weitere nichts. Ich käme nach einem anderen schönen Städtchen, da lebe ich glücklich, herrlich und in Frieden.

Zwei Tage darauf wurde die Wache abgelöst und wir wurden nach dem Zoo verlegt. Ich wollte gern weggehen, aber die Offiziere ließen mich nicht weg. Ich wollte nämlich Anzeige ermitteln. Eines Abends im Zoo, als ich von Posten kam, begegnete mir Leutnant Krumm und der Jäger Friedrich. Friedrich sagte: Du kommst ja Runge.“ Leutnant Krumm sagte: Na Mann, wo bleiben Sie denn, ich suche Sie schon lange.

Sie müssen fort, denn wir fliegen alle ins Zuchthaus, wenn Sie die Wahrheit sagen

und wenn Sie nicht fortkommen. Er ging mit mir nach dem Werbehäuser und brachte mich zum Husarenregiment Nr. 8 zum Rittmeister Weber, der schon in Kenntnis gesetzt war.

Ich kam nun zum Husarenregiment 8, Rittmeister Weber. Auch da wurde ich gefesselt. Sämtliche Offiziere vom Jägerregiment 2 brangen auf mich ein, daß ich flüchtig werden mußte. Wir rückten weiter bis nach Wandsdorf. Ich kam aus dem Dienst nicht heraus. Die Offiziere ließen mich nicht aus den Händen. Eines Tages vormittags war ich mit dem Reinigen der Gullasikanone beschäftigt. Es kamen zwei kleine Kinder auf den Hof und sagten, Husar Runge soll mal auf die Straße kommen zu einem Soldaten. Ich ging auf die Straße, da kam mir ein Unteroffizier entgegen und sagte zu mir:

Reinisch, du mußt flüchtig werden, ich bin hergeschickt auf Befehl des Herrn Oberst Weichs

(es handelt sich um den Kommandanten des 8. Husarenregiments). Er zeigte mir die Abschrift des Befehls, die ich gelesen habe und sagte zu mir: Du mußt sofort weg. Er brachte mir auch einen Fahrschein mit einem roten Streifen. Ich sollte nach Köln fahren. Außerdem gab er mir 20 Mark, über die ich quittiert habe. Ich sagte darauf: Dann möchte ich erst meinen Wachtmeister und den Rittmeister Weber in Kenntnis setzen, was ich auch tat.

Rittmeister Weber sagte mir: Ich sollte sofort alles liegen lassen und sofort wegmachen, mich im Edenhotel melden, die Wächter schon da beschick. Von da aus gehe die Sache weiter.

Ich schickte an meine Frau die Depesche, daß ich auf Urlaub komme. Abends um 10 Uhr kam ich an. Am nächsten Tag ging ich auch hin nach dem Edenhotel und fragte, was hier werden soll. Ich wollte nicht flüchtig werden. Es wurde mir gesagt:

Sie müssen weg, da wir sonst alle ins Zuchthaus fliegen.“

Wir werden morgen früh in der Veröffentlichung der Aussagen Runges fortfahren. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu ausdrücklich, daß er sie „nach sorgfältiger, vorzüglicher Aufnahme ohne jeden Zusatz und ohne jede Aenderung wiedergibt.“

nur für die großen politischen Kämpfe zur Beseitigung des kapitalistischen Systems, sondern auch für unser ferneres Wirken gegen die soziale Not und den Jammer der Sozialhilfsbedürftigen und für bessere Versorgungsmöglichkeit kommender eigener Not.

Kriegsbeschädigtendemonstration in Königsberg

Die seit langem höchst unzulässliche und mit jeder Forderungsteigerung noch unzulässlicher werdende Rentenverfälschung der Kriegsopter hatte die Kriegsbeschädigten in Königsberg zu einer überaus imposanten Demonstration zusammengeführt. Es war ein Massenaustrich der notleidenden Kriegsopter im wahren Sinne des Wortes. Die Kolonnen führten zahlreiche Plakate mit, die Aufschriften zeigten wie unsere Verjorgung ist zum Verhängen.“ „Wo bleibt der Dank des Vaterlandes?“ „Wir haben gekämpft und gelitten, Hunger und Elend ist unser Los“, „Sorget für die Kriegswaisen“. Wir verlangen unser Recht“. Mehr noch als diese Plakate und Transparente bewiesen viele abgehärmte Gealten im Zuge allen Unbestreitbaren eindringlich die Not der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen, Kriegswaisen und Kriegereitern. Die vielen Schmerzkrämpfe, die Blinden mit Führerbunden, die Nerven- und Augenkranken, dann die vielen Kriegserwitwen und -waisen boten erschütternde Bilder.

Nach einem die Not der Kriegsopter schildernden Referat wurde in einer Resolution gefordert 1. vom Reichstag eine Festsetzung der Renten als Rechtsanspruch in Höhe des Existenzminimums und eine Erhöhung der Mittel der sozialen Fürsorge; 2. von der Stadtverordnetenversammlung die Einsetzung einer Kontrollkommission, zu der Kriegsbeschädigte hinzugezogen werden sollen, und die sich mit der Binderung der Not der Kriegsopter durch die soziale Fürsorge beschäftigen und ungelegnete Beamte aus der Fürsorgestelle entfernen soll.

Vertreter verschiedener Behörden der örtlichen Verwaltung, der Hauptfürsorgestelle und der politischen Parteien versprachen nach besten Kräften für die Binderung der Not der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen einzutreten. Hoffen wir, daß den Worten die Tat folgt. An Versprechungen hat es auch bisher nicht gefehlt. Wenn aber unsere

Fraktion im Reichstage für die Besehung wenigstens der ärgsten Notstände eintrat, gebracht es immer an Weid. Der Dank des Vaterlandes war zwar den Kriegsoptern immer gewiß, allerdings nur so weit, als er billig war.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen einen Abonnenten zu gewinnen!

Unsigneuren!

1 Exemplar der täglich einmal erscheinenden Zeitung
„Freiheit“
 Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauenwelt“ und „Jugend-Geselle“ zum Preise von Mk. 42.— monatlich, Mk. 21.— halbjährlich bei freier Zustellung ins Haus

Näherhalt Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!
 Der Untergeichnete bestellt hiermit vom

Name: _____
 Straße: _____
 Nr. _____
 Ort: _____
 Diese Bestellungen bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzuliefern.

Parfümerien

Weisswaren

Schuhwaren

Regenschirme

Damen-Wäsche

Köln. Wasser 21 00 40 00 70 00
Eucalyptus 12 50 17 50
Philodermin 20 00
Reiseseife 7 00
Toilettenseifen 5 00 8 75 10 00
Badeseifen 17 50 50 00
Seifluchter 3 50 4 50 8 50
Seifendosen 7 50 12 50 17 50
Zahnbürstenköcher 14 50 18 50
Zahnbürsten 8 50 12 50 17 50
Kopfbürsten 15 00 20 00 32 50
Friskierkämme 24 50 27 50 29 50

Schalkragen aus Bettst. mit Spitze 21 00
Morgenhaube aus gefärbtem Batist, Stübchen-Hohlraum 26 50
Morgenhaube aus gestriclem Batist, mit Valenciennes Spitze u. Band (Holländerform) 39 50

Weisse Kinder-Stiefel in guter Ausführung
Gr. 18-20 Gr. 21-24 Gr. 25-26 72 00 76 00 78 00
Gr. 27-30 Gr. 31-35 Gr. 36-39 88 00 98 00 185 00

Schirme für Damen und Herren, halbbare Qualität, mit Kutterel 145 00
Schirme für Damen, mod. Ausführung mit Ledergerüst 245 00
Spazierstöcke bis zu den elegantesten Ausführungen 16 75 19 75 24 75

Trägerhemden aus reinen Halbvolles mit feinen Spitzen und Stickeren 165 00
Trägerhemden handgefertigt 175 00
Hemdosen aus gutem Stoff, Sticker, auch im Rücken garniert 275 00
Garnitur Hemd und Beinkleid aus reinem Stoff eleg. Spitzenverzierung 395 00
Nachthemd dazu passend 395 00
Unterhailen reich garniert, versch. Ausfüh. 65 00 75 00 95 00

Orig.-Thermosflasch. 72 00 m. Alum., Oberteil u. Bech. ca. 1/2 Liter

Damen-Halbschuhe weiss, zum Schnüren und mit Spange 98 00 110 00 145 00 165 00

Reiseartikel
Grosse Auswahl in Coupé- u. Bahnkoffern aus echt Rohrplatten, Pappelholz, Sperrplatten u. Rindleder, erstklass. Ausführung
Schrankkoffer in den neuesten Modellen
Rucksäcke aus starkem reinen Gewebe, mit Regenschirme und Trägern Gurten 8 25

Herren-Artikel
Stroh Hüte, für Herren, Mädel, versch. Geft. 45 00 75 00 125 00
Filzhüte, weiss mod. Formen u. Farben 190 00 250 00
Oberhemden weiss m. Pikee, feinstem Stoff und feinen Manschetten 350 00
Oberhemden farbige, durchgehend verwebte moderne Karomuster, Klappmanschetten und 2 Kragen 390 00
Sportkragen weiss Pikee, moderne Form 18 50
Hosenträger Gummigürtel 24 50

Lipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee

Hermann Tietz

Lipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee

Theater u. Vergnügungen

Vollstübne
König Lear
Die Ratten
Neues Volkstheater
Anna Boleyn
Staats-Theater
Barbier v. Bagdad
Peer Gunt
Deutsches Theater
Des Esels Schatten
Kammerspiele
Vatermord
Großes Schauspielhaus
Die versunkene Glocke
Walhalla-Theater
Hofhaus zur Liebe
Circus Busch
Gr. Abschiedsvorstellung
Komödienhaus
Gretchen
Berliner Theater
Madame Firi
Theater am Nollendorfplatz
Verliebte Leute
Waliner-Theater
N. beiden Nachtigallen

Luna-Park
Heute Volkstag
Eintritt M. 2,50
Steuer M. 1,50
Höhen- u. Wasserfeuerwerk
Viele neue Attraktionen!

Zahngelisse Platin., Gold-, Silber-, Stahl-, Qu., Messing-, Stanniolpapier. Zahn-Gehülfrumpfsche kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Losungsbüro, Weberstr. 31

Briefwechsel zwisch. Schiller u. Lotte - Schiller und Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 8.- Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

„Arbeiter-Sport“
Wochenblatt zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartellverbandes Großberlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Fun- und Sport-Bundes.
Der „Arbeiter-Sport“ vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. D. h. „Arbeiter-Sport“ wirkt in dem Bewusstsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kampfbewegung sein muß. Der „Arbeiter-Sport“ will sich gegen alle bürgerlichen Sport-Organisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflüchtigung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:
„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gesunde Kämpfer heranzuzüchten.“
Jeder Klassenbewusste Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport“
Er ist das einzige Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.
Verlag des „Arbeiter-Sport“
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 103

Teilzahlung! Garderobe
für Damen, Herren und Burschen
sehr preiswerter infolge groß. alter Lagerbestände bei bequemem Rat. arzahlungen
H. Tyra & Co., Berlin, Neussolstr. 16

Altmalle kauft Brunnenstr. 12
Sämtliche Metalle
kauft v. Gewerbetreibenden, Händlern u. Fabrikanten
Schulzendorferstr. 2

Altmalle
kauft alle Metalle, Eisen, Kupfer, Messing, Zink etc.

Metall-Königstor, Neue Königstraße 67
kauft alle Metalle, Eisen, Kupfer, Messing, Zink etc.

Fußböden.
Ausblättern, Neuherstellen, Reparaturen, etc.

Platin., Gold- u. Silberbruch
Zahngelisse pro Zahn 30 M.
Edelmetall-Zentrale - Landberg Inhaber E. Quatz.
Kasseler, Bergstr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich
echte Kapitän-Kautabak, nur mit Zettelleinlage (Wollen, Schießen, Stangen, Twist)
Carl Röcker, Berlin, Luisenberger Str. 22 (Kgl. 3961)

Der MORD an Liebknecht und Luxemburg
Mit Portraits der Ermordeten und Bildern der Angeklagten
Preis 12.- M.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Loden - Anzüge
100% - M., Manchester-Sportanzüge 1300.- M. sowie Gummimantel, Sommeranzüge und Sportkleidung zu billigsten Preisen bei
Bonin & Pasche, Deutscherstr. 6, am Spittelmarkt

Kleine Anzeigen
Berläufe
Zahnärztliche
Hausarzt
Kaufgefuche
Nimmende
Güterversteigerung
Fahrräder
Nöbel
Gold-Verleber

10. Bezirk, Gruppe 114
Karl Schütz
Mandolinen, Gitarren, etc.
Verein der Berl. Buchdrucker u. Schriftsetzer
Ausserordentl. General-Versammlung

Zigaretten-
Packerinnen, nur geübte, für gute Marken, bei hohem Lohn, stellt sofort ein
Massary-Zigarettenfabrik
Berlin S. 42, Ritterstraße 9-10

Wenn Sie preiswert, reell und gut kaufen wollen, dann besuchen Sie das altbekannte Haus für
Volks-Kleidung.
Hier finden Sie alles, was Sie brauchen, in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.
Grösstes Spezial-Geschäft für
Arbeits-Berufskleidung
Eigene Fabrikation.
Herren- u. Knabenkleidung jeder Art
Sportkleidung.
Besuchen Sie eines unserer vier Geschäfte, wir geben Ihnen die Versicherung, dass Sie zufrieden sein werden.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft: Alexanderstrasse 12.
Filialen: Rosenthaler Strasse 53, Landsberger Allee 148, Neukölln: Bergstrasse 61.

Der Wahlkampf in Horthyungarn

Am Sonntag war der erste Wahltag für die zweite ungarische Nationalversammlung. Am 1. Juni wird in den städtischen Bezirken gewählt. Während die erste Wahl im Februar 1920 auf Grund des allgemeinen Männer- und Frauenwahlrechtes stattfand, das durch den herrschenden Terror der weißen Garden, durch Mord und Galgen unwirksam gemacht wurde, so daß die Sozialdemokratische Partei die Wahlen boykottierte, wurde diesmal durch einen Staatsstreich des Grafen Bethlen das allgemeine Wahlrecht abgeschafft. Aber die Arbeiterklasse hat sich schon so weit erholt und gekräftigt, daß der Terror etwas mildere Formen annehmen mußte und die Sozialdemokratie sich an den Wahlen beteiligen wird.

Das oktroiierte Wahlrecht ist ungleich für die Männer und für die Frauen, ungleich für die größeren Städte und für die kleinen Dörfer und für das flache Land. Männer sind wahlberechtigt, wenn sie das 24. Jahr erreicht, vier Volksschulklassen absolviert und seit einem Jahre in dem Wahlbezirk wohnhaft sind. Frauen sind wahlberechtigt mit 30 Jahren, drei Kindern, oder mit einer Mittelschulbildung. Selbständige erwerbstätige Frauen auch dann, wenn sie eine Hochschule absolvierten. Die Abstimmung ist geheim in Budapest und Umgebung, wo nach der Listenwahl gewählt wird, und in den größeren Städten mit selbständigen Verwaltungsbehörden; das ist im ganzen ein Drittel der Wahlbezirke. Auf dem flachen Lande wird überall öffentlich abgestimmt.

Diese Struktur richtet sich vor allem gegen alle proletarischen Frauen und gegen das landwirtschaftliche Proletariat, als auch gegen die ungelerten Arbeiter der Industrie. Das Wahlrecht bleibt aber ein beschränktes Wahlrecht den Industriearbeitern und ermöglicht es ihnen, wenigstens in den größeren Städten unter dem Schutz der geheimen Abstimmung dem Terror entgegenzutreten und für die eigenen Kandidaten zu stimmen. Das Land ist in 245 Bezirke eingeteilt, wovon auf Budapest und Umgebung 82 entfallen. In Budapest hatte die Regierungspartei keinen Kandidaten aufgestellt, denn ihre Sache war in der Hauptstadt des Landes aussichtslos. Es ist vielleicht noch selten in der Welt vorgekommen, daß die Regierungspartei in der Hauptstadt des Landes überhaupt den Kampf nicht aufgenommen hat.

Wäre die Abstimmung in dem ganzen Lande geheim, dann würden die Wahlausichten Bethlens und Horthys überall wie in Budapest sein.

Obwohl diese Partei behauptet, daß sie eine Partei des flachen Landes ist, wagt sie nicht, ihre Kandidaten der geheimen Abstimmung zu unterwerfen und hat durch den Bildungszensus die großen bäuerlichen Massen entzweit. Es ist eine Partei der Dorfbourgeoisie und des Adels. Ein Teil der Aristokratie ist gegen sie, weil Bethlen, der zwar nicht antihabsburgisch ist, jetzt nicht eine Restauration machen wollte, da sie international aussichtslos ist. Es spielen dann auch konfessionelle Gegensätze in den Parteienkampf hinein. Nicht nur der Antisemitismus, sondern auch der Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten. Horthy, Bethlen und die beiden Führer der Regie-

rungs-partei, der verräterische Bauernführer Stefan Szabo de Nagyatad und der Diktator, der die Wahlen leitet, der gewesene Generalstabshauptmann Julius Gömbös, übrigens der mächtigste Mann heute in Ungarn sind Protestanten, und es wurde gegen sie damit agitiert, daß sie einen protestantischen König nach Ungarn bringen wollen. Aber alle diese Gegensätze traten vor dem Bestreben zurück, die demokratisch-republikanischen Kräfte, die, wenn man sie nicht ganz ausrotten kann, doch so sehr zu schwächen, daß sie sich eben nur zum Worte melden können.

Noch mehr als das undemokratische Wahlrecht lastete der eifersüchtige Druck der Verwaltungsbehörden, der Detachements und der zwei großen Terrororganisationen, der Erwachenden Ungarn und der Offiziersvereinigung des Gömbös, des "Moeve", auf dem Lande. Duzende von Kandidaten sind verhaftet worden. Groß ist die Zahl derer, die auf dem Verwaltungswege aus ihrem Wahlbezirk einfach verwiesen worden oder denen es verboten wurde, während des Wahlkampfes ihre Wohnung zu verlassen. Einige sind nicht von unverantwortlichen Elementen, sondern auf Befehl von Stahrichtern von Gendarmen mit Prügelstrafe bestraft worden. Dann gibt es solche, denen die Verwaltungsbehörden nicht einmal gestattet hatten, ihre Programmsprache zu halten. Eine Woche vor dem Wahltermin hat die Regierung alle politischen Versammlungen im Lande verboten; es ist auch nicht gestattet, Flugblätter zu verteilen oder Plakate anzukleben. In dem Zeitpunkt vor den Wahlen pflegt naturgemäß überall die Agitation ihren Höhepunkt zu erreichen. Nur die Regierung leitete den Wahlkampf. Da wurden Kandidaten und Agitatoren, ja Wähler massenweise verhaftet, die ganze bewaffnete Macht des Landes aufgeboten und die Bezirke, wo eine starke oppositionelle Strömung vorhanden war, mit Truppen besetzt. So bereitete Graf Bethlen die "freie Meinungsäußerung" des ungarischen Volkes vor! Die Wahlen finden an zwei Tagen statt; am 28. Mai wählen die Wahlbezirke, wo öffentlich abgestimmt und hierdurch hemmungslos terrorisiert werden kann. Die Wahl in den Bezirken mit geheimer Abstimmung soll unter den psychologischen Druck dieser durch Terror beeinflussten Bezirke gestellt werden. Die Sozialdemokratische Partei hat den Kampf in 70 Bezirken aufgenommen.

Am 28. Mai war sie an verhältnismäßig wenig Wahlen beteiligt; ihre eigentliche Schlacht wird sie am 1. Juni in Budapest und in einer Reihe von Städten und Industriebezirken schlagen. Jedenfalls beginnt mit der neuen Nationalversammlung eine neue Periode der ungarischen Konterrevolution: sie, die bisher ungehemmt und unbeflügelt schalten und walten konnte, wird nun unter die Kontrolle der wenn auch noch geschwächten, aber doch zu neuem Leben erwachten ungarischen Arbeiterklasse und des demokratischen Bürgertums gestellt.

Die ersten Wahlergebnisse

Budapest, 28. Mai. (Ungar. Tel. Corr.-Bur.) Bis 10 Uhr abends waren 71 Abgeordnete der Regierungspartei und sechs der Opposition gewählt. In 18 Bezirken wird eine Stichwahl vorgenommen werden. Aus 3 Bezirken steht das Ergebnis noch aus. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

"Falscher Eifer"

Unter dieser Stichzeile leidet sich die deutsch-volksparteiliche "Zeit" gegen einen Erlass des preussischen Staatsministeriums an, demzufolge den Staatsbeamten in Ostpreußen die Beteiligung an den Propagandaveranstaltungen anlässlich des gegenwärtigen Besuchs Hindenburgs in Ostpreußen untersagt wird. Nur einen Trost hat die "Zeit": die beiden völksparteilichen Minister Dr. Boelky und v. Richter, die bei der Reichsinfassung nicht zugegen gewesen seien, hätten sofort Protest erhoben.

Indessen der Trost, den die "Zeit" ihren völksparteilichen Anhängern in bezug auf die "Bekämpfung" ihrer Minister spendet, ist eitel Schwindel und "falscher Eifer". Nach einer Mitteilung des amtlichen preussischen Pressedienstes ist ein solcher Protest gar nicht erhoben worden, wahrscheinlich ist es sogar, daß der Finanzminister v. Richter, der an der betreffenden Sitzung teilgenommen hat, bei dem Beschluß des Staatsministeriums gegen die Teilnahme der Beamten an Propagandaveranstaltungen mitgewirkt hat.

Wäre es anders, hätten Dr. Boelky und v. Richter tatsächlich nachträglich protestiert, so wäre dieser Protest ein unerhörter Skandal. Ist doch die Heise Hindenburgs weiter nichts als eine nationalpolitische, gegen die Republik gerichtete Propagandatour. Wenn aber völksparteiliche Blätter gegen den Beschluß des Staatsministeriums weiden, so liegt darin nur ein weiterer Beweis für die Unhaltbarkeit der Koalitionspolitik, die die Rechtssozialisten treiben.

Die SPD. gegen den Heimatsbund

Am Himmelfahrtstage fand in Königsberg ein ostpreussischer Bezirksparteitag der Sozialdemokratie statt. Nach dem "Vorwärts" wandte sich dieser Parteitag vor allem gegen den "mit Waffen versehenen monarchistischen Heimatsbund und der im Entstehen begriffenen Stahlhelmorganisation". In der angenommenen Resolution heißt es u. a.:

"Die politische Lage Ostpreußens verlangt die größte Aufmerksamkeit aller überzeugten Republikaner . . ."

Deshalb verlangt der Parteitag strengste Ermittlung der noch im Besitze des Heimatsbundes und der reaktionären Grundbesitzer befindlichen Waffenlager . . . Die Parteimitglieder werden aufgefordert, den reaktionären Veranstaltungen und dem in den nächsten Tagen beginnenden Hindenburg-Kummel nicht nur fernzubleiben, sondern in schärfster Agitation jeden wahren Republikaner davon abzuhalten."

Deshalb verlangt ein zweiter Antrag die Beschlagnahme und Vernichtung der immer noch in reaktionären Händen sich befindenden Waffenvorräte.

Bekanntlich war es der ehemalige Sozialdemokrat August Winnig, der in Ostpreußen für die monarchistische Kreise ein rührendes Verständnis an den Tag legte.

Das Protokoll der Berliner Konferenz

Im Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung erscheint in den nächsten Tagen das vom Reunionskomitee der Konferenz herausgegebene authentische Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2.-5. April 1922. Es ist 32 Seiten stark und wird etwa 25.- Mark kosten. Die hohe Bedeutung dieser erstmaligen Zusammenkunft der Vertreter aller Richtungen der Arbeiterbewegung nach siebenjähriger Zerrissenheit und Spaltung verleiht der Wiedergabe der dort gehaltenen Reden, der abgegebenen Erklärungen und gefaßten Beschlüsse den Charakter eines historischen Dokuments.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Englisch autorisierte Übersetzung von Paul Scholl. Amerikanisches Copyright 1919 by Ullstein & Co., Berlin.

(23. Fortsetzung.)

Apendjuhin sang nur selten, doch die Wirkung seiner Lieder war jedesmal gleich hinreißend und sieghaft. So trüb auch die Stimmung der Leute war, er wachte sie zu erfrischen und anzufeuern, alle spannten sich an und wurden im lebenswarmen Zusammenstrom der Kräfte zu einem kraftvollen Orgelwerk.

In mir erregten diese Lieder ein lebhaftes Gefühl der Misgunst, ich beneidete den Sänger um seine zauberische Macht über die Herzen; leises Erschauern ging durch meine Seele, es war, als ob sich mein Inneres weite, das Weinen war mir nahe, und ich hätte diesen singenden Menschen zurufen mögen:

"Ich liebe euch, ihr Brüder!"

Der schwindelbückige, gelbe Dawidow stand ganz genau da und öffnete gleichfalls den Mund, was ihm einer eben aus dem Ei gekrochenen Jungen Toht ganz seltsam ähnlich machte.

Töhlische, feste Lieder wurden immer nur dann gesungen, wenn der Kosak den Ton anmaß, für gewöhnlich sangen sie schwermütige, gedehnte Reizen, wie die von "dem Knaben und dem Mädchen", oder "Als am Walde dort, an dem Bäldechen . . ." oder das Lied vom Lode Alexanders I.: "Als einst unser Jar Alexander ging, sein Heer zu inspizieren . . ."

Zuweilen versuchte man es auch, dem Vorschlag eines der besten Gesichtsmaler Shiharew folgend, ein Arrhenkied in Gosa zu bringen, doch wollte das nur selten gelingen. Shiharew liebte immer irgendeinen Song besonders, nur ihm allein erfahrbaren Zusammenhang an, und in diesem Bestreben verdarb er alles. Er war ein Mann von fünfundsiebenzig Jahren, hager von Gestalt, mit einem Halbkranz von lockigem, schwarzem Zigeunerhaar um den kalten Scheitel und starren, schnurrbartartigen, schwarzen Brauen. Ein Dichter, spitzer Bart gab seinem feinen, bräuneten, nicht-russischen Gesicht einen eigenen Reiz, der horstige Schnurrbart jedoch, der unter der Adlernase lag, schien angedrückt der starken Brauen eigentümlich überflüssig.

Die blauen Augen waren von verschiedener Größe, das linke war auffallend größer als das rechte.

"Pascha!" rief er im Tenor meinem Kameraden, dem zweiten Lehrling zu. — "Stimm' einmal an: Preiset . . . Hört zu, ihr anderen!"

Pascha wuschte sich die Hände an der Schürze ab und begann:

"Bra—eisel . . ."

"Den Na-amen des Herrn," nahmen ein paar Stimmen die Melodie auf, doch Shiharew rief schon störend dazwischen:

"Tiefer singen, Jewgeitj! . . . Aus dem Schoße der Seele laß die Stimme hervorklingen!"

Sitanow singt nun ganz dumpf, als wenn er gegen ein leeres Faß schlägt.

"Ihr—r Anechte Gottes . . ."

"Nicht richtig! Das muß so mächtig dröhnen, daß die Erde erbebt und Türen und Fenster von selbst auf-fliegen!"

Shiharew zappelt und zuckt in ganz unverständlicher Erregung, seine wunderbaren Brauen wandern auf der Stirn auf und ab, seine Stimme springt über, und seine Finger spielen auf einer unsichtbaren Harfe.

"Anechte Gottes — verstehtst du?" sagt er bedeutungsvoll. "Das muß man bis in den Kern hinein erfassen, durch die ganze Schale! Ihr—r Anechte, preiset den Herrn! Könnt ihr das nicht begreifen, Leute?"

"Sie wissen doch, daß das bei uns nicht recht herauskommt," versteht Sitanow höflich.

"Na, dann lassen wir's eben!"

Gelänkt setzt sich Shiharew an seine Arbeit. Er ist der beste Maler, kann die Gesichter in jedem Stil malen, byzantinisch, neuitalienisch, wie man es wünscht. Wenn Larianytsch einen Auftrag auf einen Heiligenkreuz übernimmt, berät er sich jedesmal mit ihm — er ist ein feiner Kenner der Originale, alle die teuren Kopien der wundervollen Bilder von Niodorow, Smolensk, Kasan und anderen Orten gehen durch seine Hände. Während er in den Originalen wühlt, brummt er laut:

"Gefesselt haben uns diese Originale . . . ganz offen herausgesagt: gefesselt . . ."

Trotz seiner angesehenen Stellung in der Werkstatt ist er weniger hochmütig als die anderen, ist freundlich zu uns Lehrlingen und rüht uns in der Kunst, die wir

erlernen sollen, vorwärtszubringen, was sonst niemandem in der Werkstatt einfällt.

Es ist nicht leicht, sich mit ihm zurechtzufinden. Er ist im allgemeinen kein Mensch von heiterem Wesen und arbeitet zuweilen eine ganze Weile schweigend, als wäre er stumm. Stannend und fremd blickt er alle an, als wenn er die ihm längst bekannten Leute zum erstenmal sähe. Obwohl er ein Freund des Gesanges ist, singt er doch an diesen Tagen nicht mit und scheint die Lieder, die gesungen werden, gar nicht zu hören. Alle beobachten ihn und machen einander durch Blinzeln auf ihn aufmerksam. Ueber das schräg gestellte Bild gebeugt, sitzt er da, hält die gegen den Tischrand gelehnte Bildtafel auf seinem Arme, und sein feiner Pinsel führt sorgfältig das dunkle, weisfreundliche Gesicht des Heiligen aus. Er selbst erscheint dabei ganz dunkel und weltfremd.

Plötzlich läßt er sich in brummigem Tone, als wenn er mit jemandem stritte und ihm etwas deutlich zu machen suchte, vernehmen:

"Vorläufer?" — was heißt das eigentlich? Wenn er laufen soll, müßte er eigentlich nicht in einem Schafpelz gemalt werden, sondern mit Flügeln an den Schultern . . ."

Die Genossen verstummten und hören lächelnd nach ihm hin.

"Mit wem redest du eigentlich?" fragte jemand. Er hat die Frage nicht gehört oder will nicht antworten, jedenfalls schweigt er eine ganze Weile. Dann läßt er wieder in die erwartungsvolle Stille einige Worte fallen:

"Man müßte ihre Lebensgeschichte kennen — wer aber kennt die? Uns fehlt der höhere Flug . . . Wo bleibt die Seele, die Seele? Originalbilder — ja, die haben wir, aber das Herz ist nicht bei der Sache . . . Dieses laute Denken erscheint allen außer Sitanow lächerlich, und irgendeiner findet sich sicher, der spöttisch bemerkt:

"Am Sonnabend wird er durchgehen, geht acht . . . Der lange, sehnige Sitanow, ein junger Mensch von zweiundsiebenzig Jahren mit einem runden Gesicht ohne Schnurrbart und Brauen, blickt ernst und traurig in die Zimmerdecke.

(Fortsetzung folgt.)

*) Bezieht sich auf Johannes den Täufer, den Vorläufer Christi.

Groß-Berlin

Gründung einer Kunstgemeinde im Verwaltungsbezirk Neukölln

Höher und höher steigt die Welle der Forderung. Immer unerschwinglicher werden die Preise für die notwendigen Bedarfsartikel, und es rückt der Augenblick heran, wo es dem Gewerbetreibenden, dem Arbeiter, Angestellten und Beamten kaum noch möglich sein wird, seine kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Denn mit den übrigen Preissteigerungen flutet auch die Preise für gute Konzerte und andere künstlerische Veranstaltungen in die Höhe. Das Volkbildungsamt Neukölln war seit Jahren bestrbt, der Bevölkerung in künstlerischer Beziehung Nutzen zu bieten. Sollen diese Veranstaltungen, deren Bedürfnis sich erwiesen hat, weiter bestehen bleiben, dann muß ein Weg gefunden werden, der ihre Fortführung sichert. Dieser Weg ist die Zusammenfassung der Besucher in einer Kunstgemeinde Neukölln.

Die Kunstgemeinde Neukölln wird jedem Mitglied im Laufe des kommenden Winters ungefähr 8 gute, systematisch angeordnete, von allerersten Kräften ausgeführte Volkstunten anbieten.

Die Kunstgemeinde Neukölln wird es ermöglichen, daß die Eintrittspreise durch Ausschaltung der teuren Verbefosten so gering sind, daß sie kaum die Kosten für eine Straßenbahnfahrt nach Berlin übersteigen werden.

Die Kunstgemeinde Neukölln wird weiter die Möglichkeit bieten, große Orchesterkonzerte für einen ebenfalls ganz geringen Eintrittspreis zu veranstalten.

Die Kunstgemeinde Neukölln wird sich daher zum Brennpunkt des Kunstlebens im Verwaltungsbezirk Neukölln entwickeln.

Satzungen.

1. Die Kunstgemeinde Neukölln verfolgt den Zweck, alle Besucher der vom Volkbildungsamt Neukölln im Verwaltungsbezirk veranstalteten Volkstunten in einer Organisation zu vereinigen. Die Mitglieder der Kunstgemeinde bekommen die Eintrittskarten zum Vorzugspreis.

2. Mitglied kann jeder über 14 Jahre alte Einwohner des Bezirks Neukölln werden.

3. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die auf seiner Karte angegebenen Veranstaltungen zu bezahlen, auch wenn es sie nicht besucht. Die Karten sind übertragbar.

4. Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben. Bei der Anmeldung ist eine Einschreibgebühr von 3,- M. zu zahlen.

5. Die Leitung der Vereinigung liegt in den Händen der Kommission für vollständige Veranstaltungen beim Bezirksamt. Ein künstlerischer Ausschuss, bestehend aus 6 Mitgliedern, wird in der Hauptversammlung, welche im April eines jeden Jahres stattfindet, gewählt. Der künstlerische Ausschuss nimmt an den Sitzungen der Kommission für vollständige Veranstaltungen mit beratender Stimme teil.

Alle diejenigen Einwohner des Verwaltungsbezirks Neukölln, die in diesem Sinne mitwirken wollen, werden aufgefordert, in einer der unten verzeichneten Annahmestellen bis zum 1. Juli 1922 ihren Beitritt zu erklären. Annahmestellen sind: 1. Volkbildungsamt Neukölln, Rathaus, Zimmer 257. 2. Ortsstelle Britz, Rathaus, Zimmer 6. 3. Ortsstelle Budow. 4. Ortsstelle Rudow. 5. Neuköllner Tageblatt, Bergstr. 35/36. 6. Neuköllnische Zeitung, Berliner Str. 70. 7. Vorwärts, Redakt. 2 und Steglitzer Str. 22/23. 8. Freiheit, Redakt. 3 und Emser Str. 32. 9. A.P.D., Redakt. 3. 10. Büro der SPD, Jägerstr. 66. 11. Demokratische Partei, Gahnhofstr. 45 (Stadtbad). 12. Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, Berliner Str. 82. 13. Geschäftsstelle der Deutschen Nationalen Volkspartei, Kaiser-Friedrich-Straße 211. 14. Konzertkasse Bading, Bergstr. 43. 15. Densel, Stütgarter Str. 40. 16. Städtisches Volkspanorama, Kaiser-Friedrich-Straße 8. 17. Stadgeschäft II, Hermannstr. 95/96. 18. Gärtner, Bismarckstraße 14.

Die Elternbeitragswahlen.

Weihensee. Trotzdem unsere Genossen und Genossinnen fast reiflos ihre Kinder in die hiesige weltliche Schule schicken, die drei sozialistischen Parteien also zu den konfessionellen Schulen keine direkte Verbindung mehr haben und der Wahlkampf dadurch bedeutend erschwert wurde, gelang es und trotz alledem, eine erhebliche Zahl von Mandaten an den evangelischen Schulen zu erobern. Mit Ausnahme der 6. Gemeindeschule, wo infolge Beanstandung unserer Kandidatenliste eine spätere Wahl stattfindet wird, sind wir an allen anderen Schulen mit 47 Mandaten vertreten, während die „Christlich-Unionistischen“ über 49 Mandate verfügen und die „Ausschreitliche „Aöhne“ 7 Kandidaten durchbrachte. Ursache zur Freude ist jedoch nicht vorhanden. Die äußerst schwache Wahlbeteiligung von 18 Proz. zeigt sehr klar, wie wenig Interesse breite Volksschichten den allgemeinen Schul- und Erziehungsfragen entgegenbringen und welche große Aufklärungsarbeit hier noch zu leisten ist. An Wahlpropaganda hat es wahrlich nicht gefehlt. Flugblattverteilungen und Wahlaufrufe in unserer Ortspresse und ein noch am Sonntag nachmittags stattgefundener farbenreicher Kinderdemonstrationstag in den belebten Proletarierstraßen machten auf die Wähler aufmerksam. Abends sprachen im Saale des Neuen Volkstheaters die Genossen Dr. Witte und Pfarrer Meier in ändernden Worten vor gutbesuchtem Hause, jedoch hauptsächlich vor Eltern der weltlichen Schule, während die Väter und Mütter der konfessionellen Schulen jedenfalls absichtlich der Veranstaltung fernblieben.

Weitere Ergebnisse der Elternbeitragswahlen:

Bez. Lehndorf, Verein. Sozial. 1, Christl. 19 Mandate, Bez. Mannsee, Verein. Sozial. 1, Christl. 3 Mandate, Bez. Dahlem, Verein. Sozial. 1, Christl. 2 Mandate.

Nach den Mitteilungen eines bürgerlichen Korrespondenzbüros liegen bisher die Resultate aus rund 40 Schulen vor, während etwa 133 Gemeindegemeinden und Mittelschulen noch ausstehen. Das bisherige Ergebnis stellt 1789 weltliche und 2255 christliche Elternbeiträge fest.

Elternbeitragswahlen an den höheren Schulen. Genossen, deren Kinder das Reife-Examen, Moabit, Bremer Str., oder andere höhere Schulen in Moabit besuchen, wollen sich zum Zwecke der Unterschriftgabe für unsere Elternbeitragswahlen umgehend melden bei Max Grauwunder, Berlin NW, Wickestr. 15.

Wissenschaftliches Gymnasium. Heute, 8 Uhr, Restaurant Lutter, Gleimstraße Ecke Sonnenburger Straße: Versammlung aller sozialistischen Eltern des Wissenschaftlichen Gymnasiums zwecks Aufstellung einer „Freiwilligen Liste“.

Erweiterung der Neuköllner Gartenarbeitschule. Mit Beginn der warmen Jahreszeit wird der Schulbetrieb in den städtischen Gartenarbeitschulen Neuköllns wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. Die vorhandenen Gartenanlagen am Teltowkanal und in der Gengerkstraße sind bereits zum größten Teil hergerichtet, auf letzterem ist ebenfalls durch Errichtung eines Abort- und Geräte-

raumes für einen zweckmäßigen Ausbau Sorge getragen. Um in diesem Jahre die Anstaltsleitung weiterer Klassen an die Gartenarbeitschule zu ermöglichen, hat die Schulverwaltung an der Weser- und Mühlstraße ein weiteres Grundstück pachtweise übernommen. Dem Kaiser-Friedrich-Realschulamt ist ein Gelände zwischen am Teltowkanal zur Verfügung gestellt worden. Die gesamte pädagogische Leitung der Gartenarbeitschulen liegt in Händen einer durch Vertrauenswahl der an der Schule tätigen Lehrkräfte vorgeschlagenen Lehrperson, der hinsichtlich der arbeitswissenschaftlichen Fragen ein Vertreter der städtischen Gartendirektion zur Seite steht.

Neue Erhöhung der städtischen Tarife

Gemäß der ihm erteilten Vollmacht hat der Unterausschuß der städtischen Volksdeputation vorgestern auf Grund der Kostenklausel den Gaspreis von 450 auf 520 M. je Kubikmeter erhöht. Der neue Gaspreis soll von der nächsten Standesausschreibung berechnet werden. Ferner schweben im Magistrat erneute Verhandlungen wegen der Erhöhung des Straßenbahn-Tarifs auf 4,- M., den die Stadtverordnetenversammlung zuletzt abgelehnt hat. Der Stadtkämmerei kündigte in der vorgestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses ein Magistratsvorlage hierüber schon für die nächste Zeit an mit der Begründung, daß man der Straßenbahn den Tarif nicht versagen dürfe, den sie braucht, um sich erhalten zu können. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß ein Straßenbahntarif von 4,- M., wenn er auch der Geldwertverwertung Rechnung trägt, solange in Berlin unfaßbar ist, als die Hochbahngesellschaft nur 3,- M. erhebt und vor allen Dingen die Stadtbahn erst um 1. Juli ab auf 3,- M. erhöhen will. Der Umstand der Abwanderung im Wettbewerb der städtischen Nahverkehrsmittel spielt gerade bei der Straßenbahn Berlins eine Rolle, die bei der Tarifbestimmung nicht außer Acht gelassen werden darf.

Berittene Waldpolizei

Der meist gut unterrichtete „Südboten“ meldet, daß an der Oberpreze berittene Polizei stationiert werden soll, um von der Königsheide bis hinauf nach Schmüdewitz täglich Patrouillenritte zur Erhöhung der Sicherheit in den Wäldern zu unternehmen. Die Berittenen sollen auch scharfer auf alle Personen achten, die im Walde rauchen. Zweige abbrechen und sonstigen Waldschaden anrichten. Ein derart verführter Waldschutz ist leider sehr notwendig geworden. Man muß es geradezu als eine Schande empfinden, daß auf den Vorortbahnhöfen Polizeiposten aufgestellt werden müssen, welche die mit Holzvorräten, Tannenzweigen, Schilfbündeln usw. eintreffenden Fuhrwerke kontrollieren sollen. Offensichtlich wird dabei der Heberheifer von Polizeibeamten von vornherein vermieden. Sont lehren Zustände zurück, wie wir sie während des Krieges auf Bahnhöfen bei der Lebensmittelkontrolle gesehen haben. So ist doch das neue Verbot, ohne einen Erlaubnischein der Förkerei abgefällene Tannenzweigen, Moos und dünnes Buchholz einzusammeln, viel zu engherzig. Lehrer, deren Schüler bei einem Schulanflug mit Zweigen beladen angetroffen werden, will man ebenfalls zur Verantwortung ziehen. Ferner sollen alle Wasserstellen, an denen das Baden verboten ist, scharf auf Korn genommen werden. Werden die Berittenen auch in das Wasser hineinreiten? An Konflikten wird es wohl demnächst nicht fehlen!

Das Freibad in Erkner, 1920 von der Gemeinde Erkner in herrlicher Lage am Damericksee errichtet, ist vor einigen Tagen eröffnet worden. Es erfreute sich schon im vergangenen Jahre großer Beliebtheit. Anzustehen sind weitere Bauten zur besseren Abmattung des Badeverkehrs errichtet worden. Eine offene Halle bietet angenehmen Aufenthalt zur Einnahme von Erfrischungen.

Straßenbahnzeitkarten. Die Straßenbahn weist angeht der in der letzten Zeit eingetretenen vielen Betriebsveränderungen darauf hin, daß die Zeitkarteninhaber nach den Bedingungen für die Ausgabe und Benutzung der Karten verpflichtet sind, ihre Karten berichtigten zu lassen. Werden mit Zeitkarten belegte Linien nicht bloß vorübergehend, sondern — wie jetzt — für die Dauer verändert (verlängert, verlängert oder eingezogen), so behält die Karte gemäß den Bedingungen nur für den laufenden Monat Gültigkeit auf der ursprünglichen Strecke. Die Inhaber von Zeitkarten für die gebänderten Linien werden daher im eigenen Interesse ersucht, spätestens zum Monatswechsel ihre Karte in einer der Kartenausgabestellen berichtigten zu lassen: Hauptausgabestelle Leipziger Platz 14, wochentags 9-11 Uhr, Sonntag 9-11 Uhr, am ersten und letzten Werktag im Monat 8-6 Uhr, Zweigstellen Röllendorferplatz und Bahnhofe Ackerstraße und Charlottenburg — Bestend am ersten und letzten Werktag im Monat 8-6 Uhr.

Die Folgen der hohen Krattagen. Man wird sich auch das Krankwerden abgewöhnen müssen. Die hohen Honorariats- die neuerdings der Ärzteschaft für ihre Privatambulanz bewilligt wurden, sind verhältnismäßig aus dem Hinneutreiben aller Preise. Sie wirken aber gerade in diesem Falle abschreckend auf das nicht an Krankenfällen angelegene Publikum und schädigen schwer die Volksgesundheit. Mit Recht haben seit Jahrzehnten alle Ärzte gepredigt: „Kommt zeitig zu uns, ehe es zu spät ist und eine Krankheit, die vielleicht in wenigen Tagen beseitigt werden kann, durch Vernachlässigung das Lebensjahr an Heilzeit erfordert.“ Jetzt werden viele Kinderbewerber erst recht bis auf die letzte Minute warten, ehe sie zum Arzt gehen oder ihn zu sich holen. Schon jetzt werden übertriebene Rechnungen aufgemacht. Wir kennen Fälle, in denen von Inhabern einer Zweizimmerwohnung für ganz einfache operative Handlungen, die eine knappe halbe Stunde erforderten, zum Beispiel bei Fehlgeburten, 700 Mark verlangt worden sind. Wie sagt doch Heinrich Heine? „Wenn du oder gar nichts hast — Ach, so lasse dich begraben — Denn ein Recht zum Leben, Kump — Haben nur, die etwas haben.“

Im Freibade ertrunken. Unter dieser Spitzmarke berichteten wir am 27. d. M., daß im Freibade Oberschöne-weide ein Lehrling T. ertrunken sei. Ein Wachtmeister Schröter von der 4. Hundertschaft in Köpenick sei nachgegrungen und habe ihn an Land geschafft. In dieser Notiz schreibt uns Genosse Siede, Oberischöne-weide, u. a.: „Daß Unterwachtmeister Schröter dem T. nachgesprungen sei und ihn an Land gebracht habe, ist un wahr. Der Versuchung wurde von mir gefunden und auch an Land gebracht. Der Wachtmeister ist wohl ins Wasser gesprungen, blieb aber in weiter Entfernung von der Unfallstelle, er half lediglich den Ertrunkenen die Botschaft hinauftragen. Diese Angaben machte ich der Kriminalpolizei und ich wäre dankbar, zu erfahren, welche Stelle solche gefälschte Berichte zur Stimmungsmaße für die Schupo in die Presse lanciert.“ Dem Genossen S. teilen wir gern die Quelle der unwahren Notiz mit, es ist das Volkliche Telegraphenbüro, das die Informationen von der Polizei erhält. Die Zusammenhänge kann sich nun Genosse S. selbst leicht erklären. Im übrigen scheint der Wachtmeister aus Köpenick ein sehr eidgeistiger Deltiger zu sein, daß er sich in besonders ausführlicher Weise in der bürgerlichen Presse als „Heinricher“ und den „Tod verachtender“ Redakteur feiern läßt — nur weil er im Wasser paddelte.

Gewerkschaftliches

Verbandsstag der Steinarbeiter

Am 22. Mai trat der 9. Verbandstag der Steinarbeiter im Leipziger Gewerkschaftshaus zusammen. Die Anwesenheitsergäbe 76 Delegierte. Als Gast erschien u. a. der internationale Sekretär K. o. l. b. - Jülich. Der A. O. B. ist durch zwei Abgesandte vertreten. Der Verbandsvorsitzende Wintler ertheilte zunächst das Ableben des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Staubinger und besprach im Anschluß die geleistete Verbandsarbeit im letzten Jahre. Rechner führte aus, daß, wenn das Resultat die Verbandsmitglieder nicht voll befriedige, so liege das nicht an der Organisation und seiner Funktionäre, sondern an den

prekären Wirtschaftsverhältnissen.

In Hinblick auf die Anträge der Opposition hat er, diese abzulehnen oder zurückzugeben und die Besetzung des Vorstandes nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Er besprach hierauf das Schlichtungsweien und die verschiedenen Bewegungen, die ohne Streiks zu Ende geführt wurden. Notwendig sei die finanzielle Stärkung des Verbandes und zur Richtschnur müsse die Opferung eines Stundelohnes als Wochenbeitrag werden. Ferner begründete Wintler den

Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft.

wandte sich wirtschaftlichen Berufsfragen zu und gab einen Ausblick auf die Aufgaben, die der Verband noch zu lösen hätte.

Geist erkrankte den Rassenbericht. Trotz erhöhter Beiträge am 1. Januar sei aber das Gleichgewicht noch nicht wieder hergestellt. Es müssen deshalb Mittel und Wege gefunden werden, um den Verband finanziell zu stärken.

In der anschließenden Aussprache kam zunächst die Opposition zum Vort. die Angriffe gegen die SPD, A. O. B. und den Verbandsvorstand richtete. Alseitig wurde beklagt, daß die Lebenshaltung der Steinarbeiter weit zurückgefallen sei. Rechner-Demitz erklärte, daß innerhalb des Verbandes noch der Geist der Arbeitsgemeinschaft herrsche und der A. O. B. etwas vorwärtsgetrieben werden müsse.

Rollwagen-München äußerte seine tiefe Unzufriedenheit in dem

Verfahren in der Sozialisierungsfrage und in der Steuerfrage.

Stapel-Hannover führte aus, daß die staatlichen Steuermaßnahmen die Schuld an der Misere der Arbeiter tragen und der Verbandsvorstand derjenigen Partei angehöre, die durch Steuern den Arbeitern den wirtschaftlich erzwungenen Vorteil wieder nehme. Die Redner nach der Opposition, wie Wagner-Kamens, Egger-Grünten usw. betonten, daß der Verbandsvorstand sein Möglichstes tat. Notwendig sei in erster Linie die Einheitlichkeit im Verband aufrechtzuerhalten. Die weitere Diskussion beschäftigte sich mit engeren Berufsfragen.

Beschwerden wurden auch erhoben gegen die Haltung des Verbandsvorgans mit seinem Redakteur Siebold, der gegenüber der radikalen Richtung sich nicht genügend neutral verhalte.

Vom A. O. B. wies der Delegierte Silberschmidt die kritischen Ausführungen der Opposition zurück. Es gelte nicht nur immer zu erklären, was nicht getan wurde, sondern auch zu sagen, was der A. O. B. geleistet habe.

Gegen zwei Stimmen wurde dem Gesamtverband ein Laizung erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes die politische Gesinnung zu berücksichtigen, wurde einstimmig abgelehnt, dagegen beschlossen, die

Einheitsfront herbeizuführen.

Zur Frage der Verbesserung der Tarifpolitik und der Schlichtungsordnung wurde eine Resolution des Tarifbesprechenden Wunderlich angenommen, bzw. zur Berücksichtigung dem Vorstand überwiesen. Eine weitere Resolution protestiert gegen die Verschleppungstaktik der Unternehmer des Verbandes deutscher Granitwerke. Beschlossen wurde weiter in der Redaktionsfrage, daß das Fachblatt sich mit politischen Streitfragen nicht zu beschäftigen habe. Ein Antrag, den Druck des „Steinarbeiters“ von der Leipziger Volkszeitung ausführen zu lassen, wurde abgelehnt. In der Frage des Baugewerksbundes empfahl der Vorstand einstimmig, die Verschmelzung zu verwerfen. In der Abstimmung wurde mit 48 gegen 27 Stimmen der Vorschlag des Vorstandes abgelehnt, jedoch soll ein enger Kartellverhältnis zwischen Steinarbeitern und Baugewerksbund herbeigeführt werden.

Ueber die Lage der Steinindustrie“ und die Berufsgefahren der Steinarbeiter“ referierte der Redakteur Siebold. Nur durch Auslandslieferungen sei es der Industrie möglich, sich auf der jetzigen Höhe zu halten. Der Abergberieb ist in der Steinindustrie vorherrschend. Die Engherzigkeit des Unternehmertums verschulde den Niedergang im Gewerbe. — Die Tuberkulose trete heute noch sehr stark unter den Berufsangehörigen auf. Im November sollen die amtlichen Erhebungen darüber abgeschlossen werden. Deinfke vom A. O. B. ergänzte noch die Ausführungen des Vorstandes und beschäftigte sich mit den Unfallgefahren, die in diesen kleineren Betrieben weitaus größer sind. Er forderte nachdrücklich die Anstellung von Arbeiterkontrollanten. Eine in seinem Sinne vorgelegte Resolution sowie eine weitere von Siebold, die den Zentralvorstand beauftragt zur Behebung der Notlage in der Natursteinindustrie alle Anstrengungen zu machen, ohne in Widerspruch mit den Auffassungen der Steinarbeiter zu geraten, fanden einstimmige Annahme. Gefordert wird die Aenderung der Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter vom 31. Mai 1909, die für die Berufsangehörigen die

siebenstündige Arbeitszeit

fordert. Desgleichen in der Sandsteingewinnung das Verbot der Akkordarbeit.

Ueber die Schlichtung werden wir noch berichten.

Stellungnahme der Maschinisten

Vom Verbandsvorstand der Maschinisten und Geizer wird uns geschrieben:

Es wird dem Zentralverband der Maschinisten und Geizer von verschiedenen Seiten verübelt, daß er beim Berliner Magistrat beantragt hat, einen „selbständigen Tarifvertrag“ abzuschließen.

Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß es sich nicht um ein eigenmächtiges Vorgehen des Hauptverbandes handelt, sondern in verschiedenen Versammlungen in diese Frage durchbesprochen und auf Wunsch der Mitglieder ein diesbezüglicher Antrag an den Magistrat gestellt.

Damit fallen alle persönlichen Angriffe gegenüber dem Hauptverband in sich zusammen.

Es liegt an dieser Stelle keine weitere Veranlassung vor, und in eine polemische Auseinandersetzung über die Gründe und die Zweckmäßigkeit eines besonderen Tarifvertrages einzulassen.

Magistrat und Elektrikarbeiter

Der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband teilt mit: Die Parteipresse und die bürgerlichen Zeitungen bringen eine Kollie, in der eine Eingabe des Hauptvorstandes des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer an den Berliner Magistrat wegen Abschluß eines besonderen Tarifvertrages für die Arbeiter der Elektrizitäts-Werke abgedruckt ist.

Die Presse gibt, je nach der Parteizugehörigkeit, ihre Randbemerkungen hierzu. In einigen Organen der bürgerlichen Presse wird mit Genugtuung konstatiert, daß dieses Vorgehen der Elektrikarbeiter endlich den Streik in den Gemeindebetrieben ein Ende bereiten werde und daß es beglückt werden müsse, daß sich die Elektrikarbeiter endlich vom Terror der übrigen Gemeindearbeiter freilassen. Hierzu sei folgendes bemerkt:

Das Lohnkartell für die Gemeindebetriebe, dem auch die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen ist, hat seit seinem Bestehen einen einzigen Streik der Gemeindearbeiter geführt — den Februarstreik d. J., bei dem ein Vertreter des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer mitwirkte. Wenn infolge des Vertrages der elektrischen Energie vordem in Berlin Arbeitsschritte zu verzeichnen waren, so war dies auf Aktionen zurückzuführen, die außerhalb des Rahmens des Lohnkartells geführt wurden und bei denen die Elektrikarbeiter sich verständig als Vorkämpfer der Arbeiter in den Gemeindebetrieben verhielten. Die Schlussfolgerungen im Antrage des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer sind durchaus abwägig und berühren eigenartig angelehnt des Kartellverhältnisses seiner Berliner Ortsverwaltung mit dem Lohnkartell für die Gemeindebetriebe. Neben dem Vorgehen des Hauptvorstandes der Maschinisten und Heizer wird noch an anderer Stelle zu sprechen sein. Das Lohnkartell ist seinerzeit auf dringenden Wunsch der Berliner Gewerkschaftskommission geschlossen worden, und zwar aus Anlaß des Streiks der Elektrikarbeiter im November 1920, bei dem damals, unter Führung Spitz, Mitglied des Maschinisten- und Heizer-Verbandes, die Elektrikarbeiter, entgegen dem Willen der übrigen städtischen Arbeiter, in den Streik traten. Im übrigen ist nach den Organisationsverhältnissen in den Elektrizitätswerken, der Verband der Maschinisten und Heizer nicht berechtigt, allein einen Tarifvertrag zu tätigen. Nach dem Stande der Zahl der Beschäftigten und deren Organisationszugehörigkeit vom 31. 12. 1921 verteilen sich die Beschäftigten auf die einzelnen Organisationen wie folgt: Gesamtzahl der Beschäftigten: 2005; davon männliche: 1740, weibliche: 165.

Davon im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 1101 männliche, 145 weibliche; Verband der Maschinisten und Heizer: 248, Metallarbeiter-Verband: 100, sonstige freie gewerkschaftliche Organisationen: 153, und agnerische Verbände und unorganisiert etwa 102.

Bei diesem Organisationsstande ist ein selbständiges Vorgehen der Maschinisten und Heizer, das im Interesse der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung in den Gemeindebetrieben an und für sich zu bedauern wäre, ausgeschlossen. Die Bedingungen, die im einzelnen an den Antrag geknüpft werden, dahingehend, daß bei einem Sondervertrage die Lohnverhältnisse der Elektrikarbeiter entsprechend der Berücksichtigung finden könnten, sind abwägig. Auch in den Elektrizitätswerken sind Arbeiter aller Lohnklassen beschäftigt, und kann die Frage, ob eine höhere Entlohnung der Elektrikarbeiter gegenüber den übrigen städtischen Arbeitern am Platze ist, nicht in dieser Form gelöst werden. Die gleichen Ansprüche können Gas- und Wasserwerks-Arbeiter erheben, doch darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß bei einer Herausbildung dieser Betriebsarbeiter es sehr leicht eintreten kann, daß dies zum Nachteil der großen Masse der übrigen städt. Arbeiter und Arbeiterinnen geschieht. Im übrigen beträgt die Differenz zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter in den Gemeindebetrieben zurzeit 1,50 Mf. pro Stunde.

Beamtenauswahlgewahlen bei der Post

Reaktionäre Wahlgeometrie.

Die Beamtenauswahlgewahlen bei den Postämtern in Berlin haben sich vor sich. Die Oberpostdirektion erklärt in letzter Minute Verfügungen, die eine auf bestimmte reaktionäre Zwecke abzielende Wahlgeometrie zum Inhalt haben. So soll in Rummlsbura ein eigener Ausschuss gewählt werden, der ein Mandat ist, da die Beamten von einem Amt zum andern abgeordnet und beschäftigt werden. Deshalb ist die letztere Auffassung auch der DFD, daß Lichtenberg und Rummlsbura ein gemeinsamen Ausschuss zu wählen haben, die richtige. Aber man will reaktionären Elementen Helfersdienste leisten. Was dies für Leute sind, geht aus folgendem Wahlausruf hervor:

Berufscollegen! Die Wahlen zu den Beamtenauswahlen stehen vor der Tür. Bedenke ein jeder, daß viele Kräfte und einflussreiche Kreise am Werke sind, das Berufsdeamentum zu beseitigen. Ruhegehälter werden dann also nicht mehr gezahlt werden. Die Früchte jahrzehntelanger geringer Besoldung — die Ruhegehälter — will man uns nehmen. Um dies zu verhindern, heißt es jetzt, „alle Mann auf's Deck“. Wählt nur solche Vertreter in den Beamtenauswahlen, die gewillt sind, unsere Interessen auch nach

dieser Richtung hin euergetisch zu vertreten. Bei dem auf der Liste „Bezirksgewerkschaft Berlin“ stehenden Bewerber ist uns diese Gewähr nicht gegeben. Diese wollen uns in das Fahrwasser der Arbeitergewerkschaften ziehen. Darum trete mit euren Stimmzetteln ein für die Liste „Berufsbeamtenrat“, wählt also am 28. und 29. Mai nur die Liste „Berufsbeamtenrat!“

Dieser Witz eines politischen Säuglings verrät zur Genüge den aus ihm sprechenden Geist. Wir hoffen, daß die Postangestellten in ihrer Mehrheit diesem Witzem die richtige Antwort geben und für die Liste „Bezirksgewerkschaft Berlin“ stimmen werden.

Kampf in der Berliner Musikinstrumenten-Industrie?

Seit mehreren Wochen führt der Deutsche Holzarbeiter-Verband mit dem Arbeitgeberverband der Musikinstrumenten-Industrie Verhandlungen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb dieser Branche zu regeln. Große Schwierigkeiten zeigten sich, hervorgerufen durch das Verhalten der einzelnen Arbeitgebergruppen innerhalb der Industrie. Schon bei Festlegung der Tarifhöhe für den Monat April, indem sie sich mit dem Gedanken trugen, Zugeständnisse überhaupt nicht zu machen, sondern einen Abbau der Löhne vorzunehmen. Zweimal mußte im Schlichtungsausschuss Groß-Berlin über die Streitpunkte eine Entscheidung herbeiführen, die jedesmal von Arbeitgeberseite angenommen wurde, wogegen die Arbeitgeber diese ablehnten.

Daß man die ausgeprägtesten Scharfmacher an die Spitze der Arbeitgeber-Organisation stellte, braucht wohl nicht besonders hervorzuheben zu werden. Die bis jetzt getrennten Verbände der Arbeitgebergruppen hatten sich, als es sich um einen Schlag gegen die Arbeitergemeinschaft der Musikinstrumenten-Industrie zu handeln handelte, und sich einen qualifizierten Juristen als Leiter anzuordnen, der die Aufgabe hatte, das, was den einzelnen ausgeklügelten Geschäftsleuten nicht gelungen war, nunmehr planmäßig durchzuführen.

Den Sabotageversuchen der Unternehmer, die Verhandlungen scheitern zu lassen, wurde von den Arbeitnehmern damit begegnet, die Gegenläufe doch noch zu überbrücken und einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Die als endgültig zugesagte Lohn-erhöhung von insgesamt 15 Prozent für Mai und Juni wurde aber in einer Versammlung am 17. d. M. einmütig abgelehnt und der Ortsverwaltung Vollmacht erteilt, wenn notwendig, den Kampf aufzunehmen.

In geradezu provokatorischer Weise hat diese Industriellengruppe den Arbeitnehmern den Fehdehandschuh hingeworfen. Die Arbeitgeber haben im Verlauf des letzten Jahres Millionen eingestreckt und speisen die Arbeitnehmer mit Vorkesseln.

In kaltschlüssiger Weise ist von den Arbeitern bis heute alles hingenommen worden, nunmehr scheint ihre Geduld zu Ende zu sein.

Angestelltenstreik im Kolonialwaren-Handel

Im Berliner Lokal-Anzeiger behaupten die Arbeitgeber, daß neue wesentliche Erhöhungen der Angestelltengehälter abgeschlossen worden wären. Tatsächlich sind nur für die Kleinhändler die Tarifverhandlungen zum Abschluß gekommen. Die Arbeitgebergemeinschaft des Berliner Kolonialwaren Handels und des Feinkosthandels wollte am Montag die Erklärung abgeben, ob sie den geforderten Zuschlag von 30 Prozent für die Großbetriebe bewilligen will. Am Mittwoch früh erstellten sämtliche Organisationen die Mitteilung, daß die Arbeitgeber die Forderungen ablehnen. Am selben Abend haben daraufhin die Angestellten der Großbetriebe den Streik beschlossen und Freitag früh die Arbeit eingestellt. Die Schuld liegt bei den Arbeitgebern, wenn es zu einer Verständigung nicht gekommen ist. Die Kleinhändler sowie die Konsumentengesellschaft Berlin und Umgebung werden nicht betroffen, mithin ist die Lebensmittelversorgung für Groß-Berlin gesichert.

Streik der Zigarettenindustrie in Danzig.

Seit dem 25. Mai steht die gesamte Arbeiterkraft der Zigarettenindustrie von Danzig im Streik. Der Streik ist nur allzu berechtigt, da die dort gezahlten Löhne als durchaus miserabel zu bezeichnen sind, und gegenüber den Löhnen der Zigarettenindustrie an anderen Orten bei weitem zurückbleiben. Der Streik wird vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband, Metallarbeiter-, Buchbinder- und Transportarbeiter-Verband geführt; in Frage kommen etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Arbeiterkraft wird erzuht, heilige Streikarbeit abzulehnen und auch nicht auf Versprechungen irgend welcher Art, insoweit von den Danziger Arbeitgebern, hereinzufallen. Doch die Solidarität!

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. In der Sonntag-Morgenausgabe wurde irrtümlich zu Dienstag, 5 Uhr nachm., eine Mitgliederversammlung veröffentlicht.

Wie aus dem Vereinskalender derselben Nummer ersichtlich ist, ist diese Versammlung eine außerordentliche Generolverammlung und haben nur Delegierte zu derselben Zutritt. Delegiertenliste legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

UFD-Eisenbahner! Am Mittwoch, dem 31. Mai, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftsbaus, Engelauer 24/25 eine Versammlung aller im UFD organisierten UFD-Eisenbahner statt. Sehr wichtige Tagesordnung: Jeder dienstfreie Kollege muß erscheinen. Der Verbandsauschuss muß vollständig sein. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

UFD-Verbandsauschuss.

UFD-Mitglieder der Metallbetriebe Tempelhof. Die für heute irrtümlich nach Wilhelmshagen Tempelhofe Versammlung findet nicht dort, sondern im „Bürgergarten“, Berliner Str. 165, statt.

Metallarbeiter! Erwerbslosenfürsorge. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband teilt mit: Die Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge erfolgt ab 2. Juni nicht mehr Breite Straße 27, sondern Stralauer Straße 29 u. 3 Trp. 118.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die Geschäftsleitungssitzung findet am Mittwoch, den 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Verbandshaus, Breite Straße 8/9, statt.

Die Geschäftsleitungs.

Dienstag, den 30. Mai.

2. Bezirk, 2. Abteilung, Abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Pätzner, Schmeier Straße.

3. Bezirk, Kienbergstr. In den Kienbergstr. auf der S.H.L. Straße treffen sich alle Mitglieder Abends 8 1/2 Uhr zum gemeinsamen Abendessen auf dem Champigny.

Schöneberg-Friedmann. Mitgliederversammlung, 7 1/2 Uhr, Neue Rathausgasse, Martin Luther Straße 90.

Mittwoch, den 31. Mai.

Funktionskreisversammlung für Groß-Berlin. Abends 7 Uhr, Redaktionsleitung, Breite Straße 8/9. Tagesordnung: Nachbesprechung der Beschlüsse aus den Redaktionen auf der Bezirks-General-Versammlung. Einheitsliches Schreiben aller Funktionskreise. — Frauenkreisleitung. 1. Bezirksleitung (Berlin-Mitte). Bezirksvorsitzendenversammlung, 6 1/2 Uhr, im Rathaus, Sitzungssaal, 1 Stunde vorher Besprechungsraum. Sehr wichtige Tagesordnung.

2. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

3. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

4. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

5. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

6. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

7. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

8. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

9. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

10. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

11. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

12. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

13. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

14. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

15. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

16. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

17. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

18. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

19. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

20. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

21. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

22. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

23. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

24. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

25. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

26. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

27. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

28. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

29. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

30. Bezirksleitung, Abends 6 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Schulstraße, Marktstraße 49.

Vereinskalender

Dienstag, den 30. Mai.

Mittel-Berlin Berliner Arbeiter, G. M. Mitgliederversammlung, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulstraße, Marktstraße 49.

Donnerstag, den 1. Juni 1922.

Internationaler Bund der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. Einzelgruppen: Glatz und Friedmann. Versammlung, abends 8 Uhr, bei Martin, Straße, Schillerstraße 4.

Jugendbewegung

Sozialistische Sozialistengesellschaft, Abends 8 Uhr in der Jugendvereinshalle, Reichstraße 141, Funktionsabteilung.

Geschäftliche Mitteilungen

Das bekannte Schuhfabrikat Hebrudi, Mühlstraße, verpackt wieder einen Bestand von Schuhen zu verhältnismäßig billigen Preisen. Es ist auf die heutige Anzeile besonders hingewiesen, aus der alles Nähere ersichtlich ist.

Verantwortlich für die Redaktion Carl Rauch, Berlin; für den Inhaltenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romantiner, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, G. M. B. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimer, G. M. B. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 76.

M. SCHULMEISTER
 Nachbushaus Kottbuser Tor
 Herrenanzüge M. 1575-4000
 Herrenschnücker M. 1450-3000
 Sport-Anzüge, Breeches, Sportgürtel

MARKE SALAMANDER

DER AN GÜTE UNÜBERTROFFENE Salamander-Stiefel

Eilen Sie

Noch ist es Zeit
die billigen Preise
auszunützen

bald kosten sie
über 1000.- M.

Wir haben noch
altes Lager!



358.-



Moderne breite Form

Orig.-Mac-kay. Braun Naturleder. Alle Größen.
Teils auch schwarz R'Chevreau oder Rindbox.



Ersatz für Maass

Mit feinem grauen Stoffeinsatz, moderne spitze oder runde
Form, auch in ganz Leder ohne Stoffeinsatz, sowie die ganz
neue, nedelspitze Form, ca. 20 Sorten, billig.

Da wir noch altes Lager haben, bringen
wir unseren werten Kunden noch eine
Anzahl guter Schuhwaren zu fabelhaft
billigen Preisen. Unsere Preise sind teils
unter den heutigen Herstellungspreisen.
Sehen Sie sich unsere II Schaufenster an.

Braun oder schwarz

298.-

schicke kurze Form,
hoher Absatz



Herren-Stiefel:

Original Goodyear Welt, echt Chevreau, 498.-
sehr gutes Fabrikat, moderne Fassung, auch Damenstiefel

Braun Sportleder, darunter auch schwarz 358.-
R'Chevreau und Rindbox

Prima Boxriad, sehr gutes Fabrikat, moderne, 498.-
breite Form

Braun Boxriad, sehr eleganter, moderner Stiefel, 598.-
besonders haltbar

Herren-Halbschuhe,
braun oder schwarz, in spitzen, runden u. breiten Formen.

Kinder-Stiefel:

Schwarz Chromleder, schöner haltbarer Stiefel, 59.-
20-22 mit Fleck 79.-, 23-24 89.-, 25-30

Braune Stiefel Gr. 20-22, mit Absatz-Fleck 79.-

Besonders kräftiges haltbares Rindleder 98.-
breite, bequeme Form, 21-24 129.-, 25-30

Hübscher Boxleder-Stiefel, gutes Fabrikat, sehr 159.-
haltbar, breite Form, 21-25 169.-, 27-30

Braune Stiefel u. Halbschuhe
in den Größen 20-35 in großer Auswahl billig,
auch Spangenschuhe.

Leinen-Stiefel u. -Halbschuhe,
Turnschuhe billig.

Sandalen (Rindleder) 95.-
besonders kräftig u. haltbar, 21-24 105.-, 27-30

Damenstiefel R'Chevreau 198.-
(bessere Sorten, besonders hoher Schaft 299.- 499.-)

Brauner hübscher Halbschuh, moderne 298.-
kurze Form, schicker Absatz, teils echt Chevreau

Echt R'Chevreau mit u. ohne echte Lack 298.-
kappe, moderne kurze Form, schicker Absatz

Echt Lackschnürschuh, moderne 499.- 398.-
Form

Echt Boxkall u. R'Chevreau, sehr 358.-
haltbarer u. hübscher Schuh

Spangenschuhe, sehr schicker Absatz, 299.- 198.-

Leinen-Schnür- u. Spangenschuhe billig

Alle Größen



Musterpaare:

Feinste Luxussachen in grau, braun u. blau Wild-
leder sowie Lack, weißes Nubuk, rotbraun Kalbleder
u. braun Chevreau, z. Schnüren, mit Lasche oder Spangen,
in den neuen, spitzen Formen mit u.
ohne Louis-XV.-Absatz. Feine Hand- 498.-
arbeit 598.-

Großdetail-

Schuh-Lokal

Münzstr. 25 (Untergrundb. Alexanderplatz.) — Zweiggeschäft Frankfurter Allee 54.

Abteilung für Wiederverkäufer ebenfalls bis 7 Uhr abends geöffnet.